

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementpreis pro Monat einschließlich Bringerlohn 70 Pfg., bei Selbstabholung in der Expedition oder den Filialen 60 Pfg.; mit der illustrierten Wochenbeilage Neue Welt einschließlich Bringerlohn 80 Pfg., bei Selbstabholung 70 Pfg. — Durch die Post bezogen vierteljährl. 2.10 Pfl., für 1 Monat 70 Pfg. (Bestellgeld vierteljährl. 42 Pfg., monatl. 14 Pfg.).

Redaktion: Tauscher Straße 19/21. Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig. Telefon: 18808. Sprechstunde: Wochentags 6—7 Uhr abends (außer Sonnabenden).

Inserate kosten die 6gespaltene Zeile oder deren Raum 25 Pfg.; bei Plakatschrift 30 Pfg. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Preis für das Belegen von Prospekten ist 8.50 Pfl. pro Tausend für die Gesamtausgabe, bei Teilausgabe 4 Pfl. — Der Beitrag ist im voraus zu entrichten. Schluß der Annahme von Inseraten für die nächste Nummer früh 9 Uhr.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag, Expedition und Inseraten-Annahme: Leipzig, Tauscher Str. 19/21, Hofgebäude. Telefon: 2721.

Tageskalender.

In der Sonnabendstunde des preussischen Landtags bereiten die Nationalliberalen ihren Umfall in der Frage der Wahlrechtsfrage vor.

Die Nationalliberalen haben bei der Abstimmung über die Oeffentlichkeit des preussischen Wahlrechts Stimmenthaltung geübt, weil sonst ein Fraktionsteil für die Oeffentlichkeit der Wahl gestimmt hätte.

In Berlin kam es gestern bei Wahlrechtsdemonstrationen zu unbedeutenden Zusammenstößen mit der Polizei.

In Frankfurt a. M. und in Breslau wurde gestern in gewaltigen sozialdemokratischen Demonstrationen gegen die preussische Wahlrechtsreform protestiert.

Im Treptower Gemeinderat erklärte der Bürgermeister, daß ihm für die Zeit der Treptower Wahlrechtsdemonstration die Polizeigewalt entzogen wurde.

Die Lage ist ernst.

Leipzig, 14. März.

„Die Lage ist sehr ernst, wir fassen die Zeiten sehr ernst auf. Wir sind der Meinung, daß gegenüber den Mächten, die sich jetzt gegen uns erheben, es Aufgabe aller bürgerlichen Parteien sein muß, im Verein mit der königlichen Staatsregierung, die die Autorität nach innen und außen befestigt, zusammenzugehen. Wir wissen genau, daß es sich in dieser Frage nicht bloß um eine Parteiangelegenheit, sondern um eine Sache des Vaterlands handelt.“ Also sprach am Sonnabend der Führer der Konservativen, Herr v. Hennebrand, im preussischen Landtage. Diese Wendung sollte nur ein Druckmittel auf die Nationalliberalen sein, und sie wurde ein Eingeständnis der politischen Ratlosigkeit und des Kleinmuts. Man erkennt mit Entsetzen, daß der Ächeron in Bewegung geraten ist. Und in dieser Situation sucht man sich den schon vom römischen Dichter verspotteten elenden Trost zu sichern, Gefährten im Unglück zu haben: die Nationalliberalen will man unter allen Umständen in den reißenden Wahlstrom mit hineinzerren.

Wie die Herren sich entscheiden werden, steht auch nach der Sonnabendstunde noch dahin. Die Rede des Abgeordneten Schiffer war äußerlich sehr forsch und stramm, aber innen sah der Wurm. Die Beratung nahm ihren Ausgang von dem § 5, den Zentrum und Konservative in der Kommission insofern auf die Bedürfnisse des platten Landes zugeschnitten haben, als sie die Stimms-

bezirke um die Hälfte verkleinerten. Damit ist auch der Kreis, aus dem die Wahlmänner genommen werden müssen, ein sehr kleiner, und es ist auf dem Lande unserer Partei so gut wie unmöglich gemacht, einen Wahlmann, der nachher öffentlich wählen muß, ausfindig zu machen. Die Nationalliberalen versuchten die relativ bessere Bestimmung der Regierungsvorlage wieder herzustellen, hatten jedoch damit kein Glück. Mit zwei Drittel Mehrheit, über die dank des elenden Dreiklassenwahlrechts Konservative und Zentrum verfügen, wurde der Antrag abgelehnt, und somit auch weiterhin dem Terror der Großgrundbesitzer auf dem Lande und damit einer unerhörten Vergewaltigung der Wähler Tür und Tor geöffnet. In der Debatte über diesen Paragraphen war es, in der Herr v. Hennebrand den Nationalliberalen zuredete wie einem kranken Schimmel, doch ja mitzuwirken an dieser „Sache des Vaterlands“ und damit dem Volke gegenüber auch ihr Teil Verantwortung für die Wahlrechtsvorlage zu übernehmen. Und dieses Liebeswerben des konservativen Führers war nicht umsonst. Dr. Friedberg erhob sich alsbald, sagte zwar den Konservativen noch einige Bescheidenheiten, aber im übrigen kam bereits das Bedauern zum Ausdruck, daß die Gegensätze sich schon so scharf zugespitzt hätten. Die Beratung gedieh bis zu den von der Kommission gestrichenen Paragraphen über die Privilegierung, die vom Plenum bestätigt wurde. Auf Grund eines konservativen Antrags wurde nur den Wählern ein erhöhtes Wahlrecht eingeräumt, die zwölf Jahre lang das Keißezeugnis haben. Auch hier schritt man unster Partei das Wort ab, die diese Ungerechtigkeit nachweisen und das Zentrum auch hier als den Stallknecht der Konservativen brandmarken wollte.

Am bezeichnendsten war die Haltung des Kanzlermajors. Er gab, wie wir bereits am Sonnabend kurz melden konnten, eine „Erklärung“ ab, die zwar formell betont, daß Herr Bethmann sich nicht „vintulieren“ lasse, das heißt, aus dem vormärzlichen Stöckchensdeutsch in die blühende Rufsprache des 20. Jahrhunderts übersetzt, er wolle sich nicht den Junkern und Pfaffen schon vorher als Hörigen preisgeben. Aber immerhin betont er deutlich genug den „Ernst der Zeiten“ — genau so wie sein Chef Hennebrand — um hinter dieser Redewendung seine Bereitwilligkeit mehr zu enthüllen als zu verdecken, die Wahlreform nach dem Diktat der Junker und Pfaffen zu machen.

Mag er! Wer fragt noch nach ihm. Uns kommt es im Augenblick mehr auf die Fraktion Drehscheibe an. Die nationalliberale Partei hielt am gestrigen Sonntag in Berlin eine Vertreterstunde ab, die sich in der Hauptsache mit der preussischen Wahlreform beschäftigte. Wer aber glaubt, daß die Konferenz der Fraktion bestimmte Direktiven gegeben habe, der verkennt den Drehscheibencharakter der Partei. Man nahm eine Resolution folgenden Wortlaut an:

„Ich“ er fühlte aber mehr Unruhe als zornige Erregung. Die Furcht quälte ihn und weckte tausend widerstrebende Empfindungen in ihm.

„Einer seiner stärksten Triebe, seiner heißesten Wünsche bestand darin, der Herr und Meister zu sein — wenn auch nur auf kurze Zeit. Zu herrschen war stets sein höchster Ehrgeiz gewesen, — sich zu unterwerfen sein tiefster Abscheu. Die vom Jorn über erlittene Anreue und stumm ertragene Beleidigungen angelastete Tatkraft regte sich mächtig in ihm. O, wie dürstete er nach dem Augenblicke, zuschlagen zu können und den Feind zu zerschmettern, die besiegte Bahngesellschaft im eisernen Griff seiner Faust zu halten, S. Behrman zu demütigen und sein verlorenes Ansehen und damit auch seine Selbstachtung wiederzugewinnen. Noch einmal wollte er die Macht in den Händen haben, befehlen und herrschen. Seine schmalen Rippen preßten sich aufeinander, die Flügel der kühn geschwungenen Adlernase blähten sich und seine schlante, achtunggebietende Gestalt reckte sich unbewußt zu ihrer vollen Höhe. Schon sah er sich im Besitze der Macht, der erste Mann im Staate, geachtet und gefürchtet von Tausenden unter ihm. Endlich war sein Ehrgeiz befriedigt, seine eink so jäh unterbrochene Laufbahn vollendet und der große Erfolg errungen. Wenn jetzt endlich nach all den Jahren das Glück ihm lächelte! Sein Spielerglück! Die Instinkte des alten Spielers wurden wieder in ihm wach. Das Glück! Zu wissen, wenn es nahte, es zu erkennen, zu ergreifen und festzuhalten, wenn es mit Windeseile vorüberflog, und blind, tollkühn alles auf eine Karte zu setzen, das war das Genie. War das jetzt seine Chance? Und plötzlich glaubte er, daß sie jetzt sich ihm darbte. Aber seine Ehre! Die sein ganzes Leben hindurch bewahrte Makellosigkeit, die stöckellose Reinheit seiner Grundsätze! Sollte er in seinem Alter alles das seinem Ehrgeize opfern? Sollte er jetzt noch im vollen Gegenjah zu seinem festgesetzten Charakter handeln? Wie könnte er später Barran und Lyman ins Gesicht sehen? Und doch — und doch — der Pendel schwang zurück —, wenn er die Ge-

Der Zentralvorstand dankt den nationalliberalen Abgeordneten des preussischen Landtages für ihr mannhaftes Eintreten zur Durchführung der Grundzüge, zu denen sich die Partei einmütig in Magdeburg bekannt hat. Der Zentralvorstand hat das feste Vertrauen, daß es den Abgeordneten gelingen möge, unbeeinträchtigt und rechts diesen gerechten Beschlüssen zum Siege zu verhelfen.

Hoffentlich wissen die Nationalliberalen noch, was sie in Magdeburg beschlossen haben. Jedenfalls geht aus der ganzen Haltung der Fraktion wie des Zentralvorstands klar hervor, daß man sich zum Umfall rüstet, und daß, wenn wirklich die Nationalliberalen diesmal standhaft bleiben, dies nicht nationalliberaler Charakterfestigkeit, sondern liberal-konservativer Unnachgiebigkeit zu danken ist. Nun hat Herr Bethmann wie Herr Hennebrand ein sehr lebhaftes Interesse daran, die Nationalliberalen mit zu kompromittieren. Von dieser Seite wird man ihnen also den gewohnten Umfall so leicht wie möglich machen.

Um so dringender ist es die Aufgabe der Oeffentlichkeit, alle Pressionsmittel zu benutzen, um dieser unzuverlässigen Partei den Ernst der Situation nachdrücklich vor Augen zu führen, selbst auf die Gefahr hin, daß sich die Nationalliberalen durch Ablehnung der blau-schwarzen Mißgeburt ein wenig wieder in der öffentlichen Meinung rehabilitieren. Nimmt der Kanzlermajor wirklich die Wahlreform aus den Händen der Junker und Pfaffen, dann haben wir eine glatte Situation, die die Abrechnung für die nächsten Reichstagswahlen wesentlich erleichtert. Zieht er die Vorlage aber zurück, nun dann geht die Wahlrechtsbewegung eben weiter. Die so heiß ersehnte „Ruhe“ werden die Herren auf keinen Fall bekommen.

Die Wandlungen in der Sozialdemokratie Rußlands.

III. Die Einigung der Partei.

Was für die führenden Parteigenossen, soweit sie keine Seiten der revolutionären Phrase oder Schwimmer im opportunistischen Strome waren, zur politischen Notwendigkeit wurde, das bestand schon für die Massen der Parteigenossen als psychologische Unumgänglichkeit. Sie bestanden, wie gesagt, aus Arbeitern, die der Partei in der Epoche der Revolution oder Konterrevolution beigetreten waren. Die letzteren kannten die Partei fraktionen überhaupt nur dem Namen nach, die ersteren hielten an ihnen fest, als an den Organisationen, die in vergangenen Situationen den Kampf in der oder jener Richtung geführt hatten, teilweise weil die eine (die Bolschewiki) ihrem Mut zum unermüdbaren Kampfe gegen den Zarismus Ausdruck verlieh, oder die andere (die menschevitschen Liquidatoren) ihrer Ermüdung Ausdruck verlieh. Als aber die Apathie der Massen dank der Verbesserung der Konjunktur etwas erschüttert wurde und neues Leben in den Massen sich wieder zu regen begann, als die legalen Kongresse, auf denen die mutigen sozialdemokratischen Arbeiter sich nicht mundtot machen ließen, und die sozialdemokratische Fraktion in der Duma die Fahne der revolutionären Sozialdemokratie wieder entfaltete, und so den Weg

legenheit vorübergehen ließ, so war das eine verhängnisvolle Unterlassung; ein Leben, das vielversprechend begonnen hatte, endete dann in ruhmloser Dunkelheit, in Vermögensverfall vielleicht und drückender Armut. Griff er aber zu, so war das eine kühne Tat, mit der er sich Ruhm, eine hervorragende Stellung, weitgehenden Einfluß und möglicherweise großen Reichtum erwarb.

„Ich bedaure sehr, daß ich störe,“ sagte Frau Derrid, auf die beiden zutretend. „Ich hoffe, Herr Annixter wird mich entschuldigen, aber Magnus muß den Geldschrank für mich öffnen. Ich habe die Kombination vergessen und brauche Geld. Phelps rettet in die Stadt und soll einige Rechnungen für mich bezahlen. Kannst du gleich kommen, Magnus? Phelps ist fertig und wartet.“

Mit einem unterdrückten Fluch bohrte Annixter seinen Absatz in den Boden. Diese dummen Feminina traten immer störend zwischen ihn und seine Pläne und mischten sich in seine Angelegenheiten. Magnus war bereits auf dem Punkte, etwas zu sagen; vielleicht hätte er sich breit-schlagen lassen, und da mußte so zur Unzeit seine Frau dazwischentommen. Die drei gingen zurück nach dem Hause; bevor sich Annixter verabschiedete, hatte er jedoch Magnus das Versprechen abgerungen, daß dieser, ehe er seine endgültige Entscheidung trafe, noch mit ihm reden wollte.

An der Berandattreppe begegnete er Presley. Der wollte Phelps nach der Stadt begleiten und schlug vor, daß Annixter sich anschließen sollte.

„Aber ich will den alten Broderfson auffuchen,“ entgegnete Annixter.

Presley sagte ihm jedoch, daß Broderfson, den er in seinem Budboard hatte vorüberfahren sehen, auch in Bonnevillie wäre. Als die drei Männer, Phelps und Annixter zu Pferde, Presley auf seinem Zweirad, aufgebroschen waren, begab sich Frau Derrid zu ihrem Gatten in die Office. Sie war heut hübscher wie je. Ihre Wangen waren vor Erregung gerötet, und die ungeschuldigen, weitgeöffneten Augen hatten einen fast mädchenhaften

Seuilleton.

Der Octopus.

Eine Geschichte aus Kalifornien von Frank Norris. Eingl. berechnete Uebersetzung von Eugen v. Tempel. Nachdruck verboten.

Annixter zuckte ungeduldig die Achseln. „Man muß bezahlen, wenn man was haben will,“ erwiderte er. „Für nichts kriegt man nichts! Governor,“ fuhr er fort, „ich verstehe nicht, wie Sie unsrer Sache länger fernbleiben können. Sie werden sehen, wie's werden wird. Wir werden gewinnen, und ich kann nicht glauben, daß Sie es für recht halten, wenn wir die ganze Arbeit allein tun und alle Kosten tragen. Hier ist nie etwas unternommen worden, ohne daß Sie nicht an der Spitze gestanden hätten. Das weiß ganz Tulare County und der ganze San Joaquin-Distrikt. Die Leute brauchen einen Führer, und den sehen sie in Ihnen. Ich weiß, wie Sie über unsre heutigen politischen Verhältnisse denken. Aber seit Ihrer Zeit hat sich der Maßstab geändert, Governor; jedermann spielt heut ein Spiel wie wir, — die ehrenhaftesten Männer tuns. Anders können Sie die Partie nicht spielen, und paß! die Hauptsache ist doch, daß der, auf dessen Seite das Recht ist, schließlich gewinnt. Wir brauchen Sie in unsrer Sache, unbedingt brauchen wir Sie. Sie haben sich die Sache lange überlegen können. Sind Sie zu einem Entschluß gekommen? Wollen Sie mitmachen? Ich will Ihnen was sagen, — man muß so was von einem höheren Standpunkt auffassen. Nach den Resultaten muß man urteilen. Nun, wie denken Sie darüber? Machen Sie mit?“

Magnus wandte seine Augen von Annixter ab und sah einen Augenblick zu Boden. Sein Gesicht verfinsterte

Nach wie vor unterdrückt die Reichseisenbahnverwaltung alle ernsthaften Koalitionsbestrebungen unter den bei ihr beschäftigten Arbeitern, protegiert dagegen kleine, zerstückelte, harmlose Vereine, die sich statutenmäßig verpflichten müssen, wirtschaftliche Interessen der Arbeiter nicht zu vertreten. Nicht einmal über Angelegenheiten der Arbeiterausschüsse darf in diesen Vereinen verhandelt werden. Da die

Arbeiterausschüsse bloße Kullisse

And, so haben die Eisenbahner alles Interesse an ihnen verloren und beteiligen sich häufig nicht einmal an den Wahlen. Die Verwaltung wird es nicht wagen, so gegen die Koalitionsfreiheit vorzugehen, wenn nicht sogar auch die Fortschrittler und die Christlich-sozialen zwar für das Koalitionsrecht, aber gegen das Streikrecht der Eisenbahner auftreten würden. Aber

Das Streikrecht gehört zum Koalitionsrecht.

(Sehr richtig! bei den Soz.) Gute, straffe Arbeiterorganisationen liegen übrigens auch im wohlverstandenen eigenen Interesse der Reichseisenbahnverwaltung, denn dadurch werden plötzliche Katastrophen, wilde Streiks und dergleichen verhindert. — Die Verwaltung der Reichseisenbahn zählt unter allen Reichsbetrieben die schlechtesten. (Lebhaftes Bräut, hört bei den Soz.) Alle Parteien des Reichstages sollten gegen diese Zustände Front machen. (Lebhafter Beifall bei den Soz.)

Staatsminister v. Breitenbach bekräftigt, daß die Wohnverhältnisse bei den Reichseisenbahnen schlecht sind, preist die Wohlfahrtsvereine und erklärt, daß die Reichseisenbahnverwaltung alle Vereine und Verbände dulde und sogar fördere, mit Ausnahme derer, die den Streik propagieren. Die Eisenbahner können sich betätigen, wie sie wollen, nur nicht sozialdemokratisch. (Lebhaftes Bravo! Bräut.) Das ganze Haus außer der äußersten Linken ist darin einig, daß den Eisenbahnarbeitern kein Streikrecht zustehen darf.

Abg. Behrens (wirtsch. Bg.): Gegenüber Herrn Emmel bemerke ich, daß keine Arbeiterorganisation den Kontraktbruch als Recht des Arbeiters fordert. Mit Ausnahme der Sozialdemokraten ist sich das ganze Haus einig, daß im Interesse des Verkehrs den Eisenbahnarbeitern das Streikrecht vorenthalten werden muß. Den Arbeiterausschüssen sollte die Verwaltung mehr Rechte einräumen.

Abg. Werner (Kattl.) schilt auf Konsumvereine und Kontraktbruch.

Abg. Schirmer (Zentr.) verlangt gesetzliche Festlegung der Rechtsverhältnisse der Staatsarbeiter und kommt im Verlauf seiner Ausführungen u. a. auf die Arbeiterfeindschaft der französischen Minister Briand, Blotau, Clemenceau und Barthe zu sprechen, die er insgesamt als Sozialisten bezeichnet. (Widerpruch bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Storp (fortsch. Bp.) wünscht Verkehrsverbesserungen, namentlich um den Verkehr zwischen Wien und Paris über Süddeutschland zu lenken.

Abg. Böhle (Soz.): Ich kann bestätigen, daß die Arbeiterausschüsse bloß Kullisse sind. Sie werden selten einberufen, ihre eigenen Wünsche auf häufigere Zusammenkünfte werden unberücksichtigt, die Tagesordnung wird ihnen vorgeschrieben und Mitteilungen über die Verhandlungen an ihre Arbeitskollegen werden ihnen unterlagert. — Es liegt gar kein Grund vor, die Eisenbahnarbeiter in bezug auf Koalitionsrecht schlechter zu stellen als andere Arbeiterkategorien. Den Kontraktbruch zu verteidigen, ist und nicht eingezogen. Der Minister hat in keiner Weise widerlegt, was mein Freund Emmel über die schlechten Wohnverhältnisse der Eisenbahnarbeiter ausgeführt hat. — Bei der Durchreise des russischen Kaisers durch Straßburg wurden Verkehrsbehinderungen in riesigem Maßstab vorgenommen. Solche Behinderungen sind höchst überflüssig und schaffen den deutschen Steuerzahlern unnütze Kosten. (Lebhaftes Zustimmung bei den Soz.)

Minister v. Breitenbach bezeichnet Schlußmaßnahmen bei der Barenburde als selbstverständliche Pflicht der Verwaltung. Die Ausgaben werden bewilligt.

Bei den Eisenbahnen fragt

Abg. Beck (Soz.) an, was das Reich für die Beförderung der Wagen der Gesellschaft für „Radst. Quartier und Gastronomie“ bekommt. (Gelächter.) Man sollte einen so rentablen Betrieb wie die Schlafwagengesellschaft längst verstaatlichen haben. Die Gesellschaft zahlt 11 bis 12 Prozent Dividende, der Oberkellner bekommt aber kein Gehalt, sondern ist auf Trinkgelder angewiesen und muß dabei auch noch für Bruch und Diebstahl am Gerät aufkommen. Die Eisenbahnverwaltung sollte sich um diese Verhältnisse kümmern. (Bravo! bei den Soz.)

Minister v. Breitenbach: In dem Vertrag mit der Schlafwagengesellschaft ist festgesetzt, daß das Personal angemessen bezahlt werden muß.

Die Ausgaben werden bewilligt, die Petitionen werden, entgegen dem Antrage Albrecht (Soz.) dem Reichskanzler zur Erwägung überwiesen.

Das Haus verlegt sich auf Montag 12 Uhr. (Etat des Reichskanzlers und des auswärtigen Amtes.)

Gewerkschaftsbewegung.

Scharfmacherische Herzenswünsche.

Wir veröffentlichen vor einiger Zeit ein Schreiben des Arbeitgeberverbandes von Köln an den preussischen Minister für Handel und Gewerbe, in dem um das gesetzliche Verbot des Streikpostenstehens gebeten wurde. Natürlich waren es nur die „Auswüchse“ des Streikpostenstehens, die die Herren veranlaßt hatte, gegen das Postenstehen überhaupt zu Felde zu ziehen, nicht etwa die Tatsache, daß so viele betrogene Arbeitswillige von den aufläuternden Streikposten weggeführt wurden. Nach der Meldung eines Berliner Blattes war damals den Herren Arbeitgeberverbänden von Köln vom Minister bedeutet worden, daß ein besonderes gesetzliches Verbot des Streikpostenstehens nicht nötig sei, da die bestehenden Bestimmungen völlig ausreichten. Die Antwort hat die Kölner Scharfmacher aber nicht befriedigt, denn in dem soeben erschienenen Geschäftsbericht des genannten Vereins für das Jahr 1909 heißt es:

Eine große Bedeutung kann die neue Fassung des Strafgesetzes gewinnen, wenn es gelingt, in dieses zweckmäßige Bestimmungen gegen die Vergewaltigung der Arbeitswilligen einzufügen. Die Zwangs- und Scharfmacherische Herrschaft der Gewerkschaften muß notwendigerweise gebrochen werden, wenn nicht unter Wirtshausbedingungen schwere und unheilbare Schäden im Laufe der nächsten Zeit erfahren soll; denn in der Verurteilung, in der Bestätigung, Verhöhnung, Bedrohung, Mißhandlung und Beeinträchtigung der persönlichen Freiheit der arbeitwilligen Arbeiter durch die Streikenden und ihren Anhang ist das Hauptziel der Streiks begründet. Das gesetzliche Koalitionsrecht der Industriearbeiter hat mit diesen Uebergriffen nicht das geringste zu tun; was ihnen damit zugestanden werden sollte, ist die unbehinderte Verabredung und Vertiefung zur Erzielung besserer Arbeitsbedingungen. Diese kann und soll ihnen nicht genommen werden, wohl aber sollen und müssen die arbeitwilligen Arbeiter gegen die Verabredung der persönlichen Freiheit geschützt werden, die gegenwärtig durch das Streikpostenstehen ausgedehnt wird. Ueber dieses letztere ist von den Arbeitgeberverbänden schon lange laute Klage geführt worden, so z. B. hat sich darüber vor einigen Jahren der Bericht des Arbeitgeberverbandes für das Bergische Land in Elberfeld eingehend verbreitet und nachgewiesen, daß in ihm die Ursache aller der vorerwähnten Mißstände zu erblicken sei. Die unteren Berichte haben auch vielfach das Streikpostenstehen für unerträglich erklärt, das Reichsgericht

aber hat anders entschieden, so daß gegenwärtig die Postenbesitzer nur einschreiten können, wenn Beschäftigten, Beeinträchtigungen, Mißhandlungen der Arbeitswilligen und dergleichen erfolgen, während doch die sichere Aussicht auf solche Unfälle die arbeitwilligen Arbeiter naturgemäß von dem Wege zur Arbeit abhält, also eine außerordentlich starke Beeinträchtigung der persönlichen Freiheit durch das bloße Streikpostenstehen stattfindet, welches letzteres, wie gesagt, mit der Ausübung des Koalitionsrechts nicht das geringste zu tun hat. Die Erneuerung des Strafgesetzes bietet hoffentlich die Gelegenheit, obige Erscheinung, die im Gefolge des Koalitionsrechts hervorgerufen ist, zu beseitigen und abzuschaffen, die nicht allein für die Betriebe, sondern in erster Linie für die darin beschäftigten Arbeiter eine höchst schädliche und verletzende ist, indem deren persönliche Freiheit und Willensbetätigung aufs empfindlichste beeinträchtigt wird und sie mit Gewalt in die Organisationshölle hineingetrieben werden. Dem schließlich ist es dem einzelnen Arbeiter gar nicht zu verdenken, wenn er, um Leib und Leben und seinen Erwerb gegen die Zwangsherrschaft der Gewerkschaft zu sichern, sich dieser letzteren, wenn auch wider Willen, anschließt und sich dadurch seines Selbstbestimmungsrechts und eines großen Teils seines Erwerbs zu Gunsten der Gewerkschaften veräußert.

Diese rührende Sorge um das Wohl der „guten“ Arbeiter, die, um Leib und Leben und Erwerb gegen die Zwangsherrschaft der Gewerkschaften zu sichern, diesen sich wider Willen anschließen, ist denn doch zu sehr die Sorge des Fuchses um das Wohlergehen der Gänse, die er vor der Gefahr des Ertrinkens im Darfische warnt. Im übrigen zeigt der Bericht, daß die Scharfmacher durchaus nicht gewillt sind, sich mit den Ministerworten von den ausreichenden gesetzlichen Bestimmungen zufriedenzugeben, daß sie vielmehr ihre ganze Macht — und die haben ja auch schon preussische Minister zu spüren bekommen — aufwenden werden, um ihr Ziel, die Knebelung der Gewerkschaften, zu erreichen.

Leipzig und Umgebung.

Wätere Unternehmerbildung.

Die im Wanderns tätigen Poliere Leipzigs, soweit sie in dem Verein der Maurer, Zimmerer- und Steinmetzpoliere organisiert sind, haben schon mehrfach bewiesen, daß sie nach dem „Grundriss“ handeln: „Weiß Brot ich eh, daß Vieh ich fang!“ Getreu dieser Auffassung suchen sie nun die Poliere, die sich trotz ihrer Zwitterstellung zwischen Unternehmertum und Arbeiterhaft den Blick dafür nicht haben trüben lassen, daß sie doch ebenso Ausgeborene sind wie die Arbeiter selbst, und die sich deshalb auch der Arbeiterorganisation angeschlossen haben, zu sich herüberzuziehen. Sie veranstalteten deshalb gestern eine Versammlung, zu der sie nachfolgendes charakteristisches Schreiben verfassten:

Leipzig, Datum des Poststempels.

Sehr geehrter Herr!

Nachdem der Vorstand der Annahme der Baumeister und des Verbands der Bauarbeiter verständigt ist, teilen wir Ihnen mit, daß der Verein der Maurer, Zimmerer- und Steinmetzpoliere am 19. März, nachmittags 2 Uhr, im Saale des „Volkswohl“, Wöhrstr. Nr. 7, eine Versammlung abhält, zu welcher alle Poliere, welche unsern Verein noch fernhalten, eingeladen werden. Diese Poliere gehören fast ausschließlich den Gewerkschaften an. Wir erachten es als unsere Pflicht, diese Poliere aufzuklären, ihnen klar zu legen, daß sich derartige mit ihrer Stellung als Polier nicht vereinbaren, denn der Polier ist der Vertrauensmann seines Arbeitgebers und soll nur dessen Interessen wahren. Dies ist aber unmöglich, wenn die Herren den Gewerkschaften angehören. Wir wollen also versuchen, diese Poliere den Gewerkschaften zu entreißen und bitten Sie deshalb um Ihre Unterstützung, insofern als Sie Ihre Poliere auffordern, dieser Versammlung beizuwohnen.

Es würde sich empfehlen, den Polieren einen Ausweis über ihre Stellung auszugeben, denn wir nehmen nur Poliere auf, die den Beweis erbringen, daß sie mindestens ein Jahr lang eine leitende, selbständige Stellung innehaben.

Einer gütigen Unterstüßung entgegengehend zeichnet ganz ergebenst

Verein der Maurer- und Zimmerpoliere Leipzig u. Umgebung.

Blöße! Ich schwingt sich der famose Verein noch dazu auf, den Unternehmern eine Liste derjenigen Poliere anzustellen, die bei ihm Mitglied sind, und dazu eine andre Liste der Poliere, die in den Arbeiterorganisationen organisiert sind, damit das Unternehmertum in der Lage ist, die Schafe von den bösen Wölfen zu scheiden. Haben es doch Mitglieder dieses Vereins bereits fertig gebracht, Arbeiterkontrollen, die für die Sicherheit von Gesundheit und Leben ihrer Kameraden auf dem Bau sorgen wollten, von den Bauern zu weisen. Sie fühlen sich völlig als Stöhrlinge der Unternehmer und wahren nur deren Interessen, das heißt, deren Profit. Ob der aber über Arbeiterliche hinweg ergeht wird, was kümmert es die Herren? —

Der Fensterputzerstreik

bauert unverändert fort. Auch am heutigen Morgen ist wieder ein Teil der Arbeitswilligen von seiner Arbeitsstelle weggeblieben. Welche Kundten in moralischer Beziehung jetzt von den Unternehmern mit beschäftigt werden, beweist am besten der Kölner Wörte sind, der sich von der Streikleitung Unterstützung geben ließ, um dann hinzugehen und Arbeitswilligendienste zu verrichten.

Die Situation ist für die Streikenden insofern günstiger geworden, als ein großer Teil der Kundtschaft auf keinen Fall zu denjenigen Geschäftskunden gehören wird, die durch ihr Verhalten die Unternehmer unterstützen. Sie haben infolgedessen ihre Geschäftsverbindungen mit den betroffenen Betriebsinhabern aufgegeben. Diese Tatsache dürfte die Herren bald belehren, daß es nicht klug gehandelt war, als sie die angebotenen Verhandlungen der Kundtschaften brüskal ablehnten. Wenn nur noch ein Teil der Kundtschaft dem oben gesagten Beispiele folgt, so werden die Unternehmer bald einsehen, daß es in ihrem eigenen Interesse liegt, wenn sie Verhandlungen anbahnen.

Die Streikleitung.

Lithographen und Steinbrucker.

In der Privatlithographie Oskar Schreyer, Reudnitzer Straße 19, hat das gesamte Personal das Arbeitsverhältnis gekündigt.

In der Firma J. S. Roman in Emmerich a. Rh. drohen Differenzen auszubrechen. Zugang ist ferngehalten. Verband der Lithographen, Steinbrucker u. verw. Berufe. Bezirk Leipzig.

Achtung, Metallarbeiter! In der Dresdner Maschinenfabrik und Schiffswerft Hebig u. Dresden sind die Arbeiter im Eisenbahn in den Streik getreten. Zugang ist ferngehalten!

Deutscher Metallarbeiterverband. Verwaltungsstelle Dresden. Verwaltungsstelle Leipzig.

Deutsches Reich.

Die Verhandlungen im Baugewerbe sind abermals gescheitert! Die Verhandlungskommissionen des Arbeitgeberverbandes und der vier in Frage kommenden Zentralverbände der Arbeiter trafen am 9. und 10. März erneut zur Verhandlung zusammen, um eine Einigung zu versuchen. Im November sind diese Körperlichkeiten schon einmal zusammen gewesen, ohne daß eine

Verständigung in irgendeinem wesentlichen Punkte erfolgt wäre. Die Situation ist schwierig und eigenartig. Der Arbeitgeberverband ist es nämlich, der das Alte klären und Neues, wenn auch nicht Besseres, an Stelle des Bisherigen setzen will. Er unterbreitete den Zentralverbänden Forderungen, die das bisherige Vertragsverhältnis auf eine völlig andere Grundlage stellen. In dem von den Unternehmern unterbreiteten Vertragsmuster erblickten die Arbeiterverbände ein Mittel zur Verknüpfung ihrer Organisationen, und es verliert auch in Wirklichkeit die Grundlagen der Parität.

Die Verhandlung verlief ebenso resultatlos wie die im November. Nur in nebensächlichen Dingen ist ein Ausgleich erzielt worden; in allen Fragen von sachlicher und prinzipieller Bedeutung sind sich die Parteien keinen Schritt näher gekommen. Strittig bleiben die Fragen:

1. Ob ein Vertrag nach dem Wunsche des Arbeitgeberverbandes von Zentralvorstand zu Zentralvorstand abgeschlossen werden soll. Die Arbeiter lehnen diesen Antrag ab und wünschen, daß die örtlichen Organisationen Träger der Verträge bleiben.

2. Die Unternehmer verlangen, daß der Vertragslohn, der bis jetzt in 65 Prozent der Vertragsgebote ein Einheitslohn oder Minimallohn war, jetzt nur für gelehrte und tüchtige Gesellen und für geübte und tüchtige Hilfsarbeiter gelten soll. Wer tüchtig ist, bestimmt nur der Unternehmer. Diese Verschlechterung lehnen die Arbeiter ebenfalls ab.

3. Die Zentralverbände sollen anerkennen, daß während der nächsten Vertragsdauer eine Verkürzung der Arbeitszeit unter 10 Stunden nicht eintreten darf.

4. Die Akkordarbeit war bisher zulässig. Es konnte aber jeder die Akkordarbeit verweigern, und die Organisationen durften durch Anklärung und Beschlüsse auf die Mitglieder in dieser Beziehung einwirken. Jetzt sollen sich die Parteien verpflichten, jeder hindern die Einführung sich zu enthalten. Den Unternehmern soll aber eine fördernde Maßregel nicht verboten sein.

Im alten Tarif unterliegen die Preise besonderer Vereinbarung. Jetzt sollen die vertragsschließenden Organisationen ausdrücklich verpflichten, vor und nach der Vereinbarung der Akkordpreise keinerlei Einfluß auf ihre Mitglieder auszuüben.

Die Anerkennung dieses Verlangens müssen die Arbeiter ablehnen. Sie fordern nur die Beibehaltung des bisherigen Zustandes, mit der Maßgabe, daß dieser Paragraph aus dem zentralen Muster entfernt und den Ortsverbänden eingeliefert werden soll, in deren Geltungsbereich Akkordarbeit üblich ist. Um einem etwaigen Irrtum vorzubeugen, sei ausdrücklich bemerkt, daß die Beseitigung der Akkordarbeit nicht gefordert wird.

5. Der Arbeitgeberverband verlangt nach der tariflichen Anerkennung seiner unparitätischen Arbeitsnachweise. Die Arbeiter sollen sich ausdrücklich zur ausschließlichen Benutzung dieser Nachweise verpflichten.

Diesem im gewerkschaftlichen Leben wohl ohne Beispiel bestehenden Verlangen setzen die Zentralverbände ein kategorisches „Nein“ entgegen.

Das sind die hauptsächlichsten Differenzpunkte, außer vielen kleinen und kleineren. Der deutsche Arbeitgeberverband wird nun am 22. d. M. eine außerordentliche Hauptversammlung in Dresden abhalten, auf der er aller Wahrscheinlichkeit nach bereits Maßregeln ergreifen wird, mit denen er glaubt, die Zentralverbände zur Anerkennung seiner unzulässigen Forderungen zu zwingen, nämlich: die Aussetzung anzuordnen oder, wie es in salonfähigem Tone heißt, die Geschäfte und Betriebe zu schließen. Der Arbeitgeberverband wird den Zentralverbänden umgeben seine Entschlüsse mitteilen und die Arbeiterverbände werden auf ihren eigens zu diesem Zweck einzuberufenden Verbandstagen beraten, welche Antwort den Arbeitgeberverbänden gegeben werden soll. Sollte aber der Arbeitgeberverband weitere Verhandlungen wünschen, so erlösigen sich die Verbandstage.

Alle Wetterzeichen deuten aber auf Sturm. Zunächst hat nun der deutsche Arbeitgeberverband für das Baugewerbe das Wort. In seiner Hand wird es liegen, ob in den nächsten Wochen ein Krieg entbrennt von ungeheurem Umfange und unvorstellbaren Folgen, oder ob dem Baugewerbe der Friede erhalten wird.

Robbmachung der Landparre gegen den Landarbeiterverband.

Im Vereinsorgan der katholischen Arbeitervereine (Süd-Verlin) wird über die Propaganda des Verbands der Land-, Wald- und Weinbergarbeiter ein bewegliches Klagegedicht angestellt. Die von diesem Verbande betriebene Agitation soll in der Erklärung des Massenhaßes erstarrtes leisten und die Arbeiter und Kleinbauern gegen die „größeren“ aufheben. Die frühere Warnung an die Landarbeiter vor diesen „Wölfen in Schaffalldern“ wird eindringlich wiederholt mit dem Ruf: Landarbeiter, die Augen auf! In Voraussicht der geringen Wirkung der Kassandrarufe werden dann auch zugleich die Parre als Landsturm gegen die Organisation der Landarbeiter mobil gemacht. Vor allem, heißt es da, bitten wir die Seelsorger auf dem Lande, auf diese im geheimen in ihren Landparreien und Dörfern betriebene Agitation ihr Augenmerk zu richten und nicht länger mehr zu zögern mit der Gründung unabhängiger katholischer Arbeitervereine.

Der Aufruf wird sicher nicht unbeachtet bleiben. Denn wo es sich um die wirtschaftliche Niederhaltung der Arbeiterklasse handelt, hat die Kirche stets ihren Mann gestanden.

Erfolgreicher Einarbeiterstreik in Rathenow.

Der Streik in Rathenow hat mit einem Erfolg der Streikenden geendet, nachdem am Freitag auch die zweite der beiden in Frage kommenden Firmen (S. M. B. I. G.) den geforderten Tarif anerkannt hat. Die Wiederaufnahme der Arbeit erfolgt heute, Montag.

Der Streik im Frankfurter Schuhmachergewerbe erscheint unvermeidlich. Die Meister haben Verhandlungen auf Grund des von den Gehilfen eingereichten Lohnarfs abgelehnt. Die Herren stellten an die Gehilfen das Ansuchen, den eingereichten Tarif zurückzugeben. Die Gehilfenvertreter waren bereit, über die strittigen Punkte des Tarifs in Verhandlungen einzutreten und gaben den Meistern anheim, ihre Vorschläge zu machen. Auch dieser Vorschlag wurde von den Meistern abgelehnt. Frankfurt a. M. ist von Schuhmachern zu meiden, da es jedenfalls in den nächsten Tagen zum Streik kommt.

Ausland.

Ende des englischen Wollkammerstreiks. Am Mittwoch hatten in Bradford 70000 Wollkammerer den Streik erklärt, der zur Stilllegung sämtlicher Betriebe führte. Der Ausstand ist nunmehr beigelegt.

Rüchenzettel der städtischen Speiseanstalten.

Dienstag:

Speiseanhang I (Hofmännlich): Kartoffeln mit fetter Wurst.
Speiseanhang II (Ehrliche): Rührei und Kartoffeln mit Butter.
Speiseanhang III (Mittelmäßig): Rührei mit Schinken.
Speiseanhang IV (Bürokratisch): Rührei mit Kartoffeln.
Speiseanhang V (Wagner Str. 55): Rührei und Kartoffeln mit Butter.
Speiseanhang VI (Neub. Gölische Str.): Rührei mit Kartoffeln.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Hermann Müller in Leipzig.
Verantwortlich für den Anzeigenenteil: Friedrich Müller in Dresden-Neustadt.
Druck und Verlag: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.
Diese Nummer umfaßt 12 Seiten.

Der Fensterputzer-Streik

bei den Fensterreinigungs-Anstalten „Germonia“, Inhaber Frz. Ziemke, Ritterstraße, „Saxonia“, Inhaber Hühne u. Ziesche, Wächterstr. 18, „Lentonia“, Inhaber Bruno Penndorf, Windmühlenstraße 18, und „Aldler“, Inh. R. Bloch, Lindenau, Burgauenstraße 4, dauert unverändert fort.

Die vielen Zuschriften und Anfragen der verehrten Geschäfts- und Firmeninhaber, die ihre Adressen aus unserm Flugblatt gestrichen wünschen, da sie alle Geschäftsverbindungen mit obigen Betrieben aufgegeben haben, werden wir bei den weiteren Auflagen des Flugblattes berücksichtigen.

Die Streikleitung.

Das Maikomitee für 1910

hat sich konstituiert.

Alle Zuschriften und Anfragen sind zu richten an den Vorsitzenden Genossen

M. Börner, Plagwitz
Naumburger Straße 15.

Alle Geldangelegenheiten dagegen wolle man regeln mit dem Kassierer Genossen

F. Müchtern, Thonberg
Stöffertzer Straße Nr. 18.

Arbeiter aller Bauberufe und Hilfsarbeiter!

Dienstag, den 15. März 1910, abends 8 Uhr

Versammlung im großen Saale des Volkshauses

Reiter Straße 32.

L.-O.: 1. Warum fordern die Bauarbeiter mehr Schutz für Leben und Gesundheit und wie stellen sich die Unternehmer und Behörden hierzu? [4870]
Referent: Stadtverordneter Genosse Lüttich.

2. Diskussion. Die Bauarbeiterschuttkommission. Der Kartellausschuss.

Grosse öffentl. Versammlung aller Angestellten im Gastwirtsgewerbe

Dienstag, den 15. März 1910, nachmittags 1/2 8 Uhr, im Etablissement Schlosskeller, L.-Rondnitz.

Tagesordnung: 1. Der paritätische Arbeitsnachweis für Leipzig. Referent: Kollege Hugo Pötzsch, Berlin. 2. Diskussion. [4829]

Alle Hilfsvereine und die Leipziger Gastwirtsvereinigungen, ebenso auch die Stadtverordneten und der Verein für paritätischen Arbeitsnachweis sind zu dieser Versammlung eingeladen worden. Um zahlreiches Erscheinen bittet [4829] Der Einberufer.

Ortsvereine des Westens.

Mittwoch, den 16. März, abends 1/2 9 Uhr im Felsenkeller, L.-Plagwitz

Vortrag

von Herrn Dr. E. Wolght aus Hannover über

Kultur und Kunst in Ägypten und Babel mit Lichtbildern.

Karten à 20 Pfg. sind am Eingange zu haben.

49451*

Die Kommission.

Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher etc.

Mittwoch, den 16. März, abends Punkt 8 Uhr

Mitgliederversammlung im Volkshaus.

Tagesordnung: 1. Bericht über die Verhandlungen des Orts-Tarifamts. 2. Bericht von der Generalversammlung. 3. Bericht des Bezirksleiters. 4. Neuwahl der Agitationskommission. — Zahlreiches Besuch dieser Versammlung erwartet [4928] Der Vorstand.

Steinarbeiter!

Mittwoch, den 16. März, abends 6 Uhr, Versammlung im Volkshaus.

Tagesordnung: 1. Bericht von der Gau-Konferenz. 2. Stellungnahme zum Verbandstage. 3. Gewerkschaftliches.

Zahlreiches und pünktliches Erscheinen erwartet [4927] Die Lokalverwaltung.

Metallarbeiter-Verband.

Geschäftsstelle Volkshaus Zeitzer Str. 32 Portal rechts, I.

Bürozeiten: vorm. 8-9 Uhr, mitt. 12-1, abds. 5-8 Uhr, Telefon 3784.

Klempner.

Freitag, den 18. März, abends 1/2 9 Uhr, Versammlung im Zivoli, Windmühlenstraße. Tagesordnung: 1. Gewerkschaftskämpfe und Tarifverträge. 2. Unser neuer Tarif. [4978]

Kauft Briketts bei Benno Grimm Tauchaer Strasse 41.

Reparaturen an Uhren jed. Art, nur streng solide Ausführung u. unter Garantie bei

Gustav Kaniss Uhrmacher, Tauchaer Str. 6.

Die russischen Kämpfe um Freiheit und Recht. 25 Pfg., schön gebunden 1 Mk. Volksbuchh. Leipzig und Filialen

Im Reiche der Freiheit. Briefe über den Sozialismus. Von Robert Blotzford. 50 Pfg. Volksbuchh. Leipzig und Filialen

Gelegenheitskauf!! Konfirmanden-

Anzüge, neue, welche früher bis Mk. 23, jetzt Mk. 10. Posten Jünglings-, Schul-Anzüge, Knaben-Anzüge, Leibchen-Hosen für ca. die Hälfte. Zugleich empfehle meine elegante

Monatsgarderobe

wenig getragen, teils auf Seide in ersten Ateliers gearbeitet. Gehrock-, Frack-, Smoking- und Jackett-Anzüge, Paletots schon von 8 Mk. an, einzelne Jacketts und Bekleider. Alles auch leihweise. [2953]

Blauner, Reichsstr. 41, nur I. Etage

im Hause Fischhalle „Seestern“. Von Freitag abend 6 Uhr bis Sonnabend abend 7 Uhr geschlossen.

Abteilung II neue Garderobe

ALLES KAUF NUR PFLANZEN-MARGARINE



MUCO MIT GRATIS-BEIPACK BESTER BUTTER-ERSATZ MARGULIES & Co. LEIPZIG

Familienanzeigen.

Ihrem langjährigen Parteigenossen Gustav Pfau u. Frau

die herzlichsten Glückwünsche zur Silbernen Hochzeit. Die Genossen von Lindenau. [4930]

Nach kurzem, aber schwerem Leiden verschied gestern früh 1/2 7 Uhr mein lieber, guter Mann, unser guter, treusorgender Vater [4942]

Herr **Friedrich Ernst Hüttig** im 41. Lebensjahre. Dies zeigt hierdurch tiefbetriibt an **Wielmiuo vorw. Hüttig geb. Gänther.**

Beerdigung Donnerstag, nachm. 3 Uhr, v. Trauerhause aus.

Für die überaus wohlthuenden Beweise liebevoller Teilnahme beim Hinscheiden unseres lieben Entschlafenen sagen wir allen für den herrlichen Blumenschmuck und zahlreicher Begleitung nach seiner letzten Ruhestätte unsern herzlichsten Dank. Insbesondere seinen werthen Herren Vorgesetzten, Aufsehern und lieben Mitarbeitern, dem Sängerverein Harmonie für den erhabenden Gesang am Vorabend und Herrn Pastor Dietrich für seine trostreichen Worte am Grabe sei hierdurch nochmals herzlichst gedankt. L.-Lindenau, Uhlandstraße 4. [4983] Emma vorw. Schädlich nebst Hinterbliebenen.

Hierdurch zur traurigen Nachricht, daß am 13. März, früh 7 Uhr, unsere einzige Tochter **Elsa Jähne** im Alter von 5 Jahren 1 Monat 18 Tagen plötzlich und unerwartet verschieden ist. Dies zeigt tiefbetriibt an **Emil Jähne nebst Frau geb. Neumann.** Beerdigung Mittwoch, vorm. 1/2 12 Uhr, v. Gohl. Friedhof aus. [4950]

Sonabend abend 1/2 9 Uhr verschied nach langem, mit Gebuld ertragenem Leiden unsere gute Tochter und Schwester **Hanni.** Dies zeigt tiefbetriibt an **Johannes Artus nebst Familie.** Die Beerdigung findet Mittwoch mittag vom Trauerhause, Volkmarzdorf, Bf. 85, aus statt. [4943]

Am Donnerstag nachmittag entschlief nach langem, schwerem Leiden unsere liebe Kollegin **Fräulein Martha Etzold.** Wir betrauern in der Verstorbenen eine treue Mitarbeiterin und Freundin und werden ihr stets ein ehrendes Andenken bewahren. Das Personal der Firma Junghanns & Kolosche. [4988]

Todes-Anzeige. Allen lieben Verwandten und Bekannten zur traurigen Nachricht, daß meine liebe Frau, unsere gute Mutter, Schwester, Schwägerin und Tante, Frau **Marie Anna Rauchfuß geb. Schönherr** nach schwerem Leiden heute sanft entschlafen ist. L.-Sellerhausen, Edlitzstr. 24, den 13. März 1910. [4949] **Gustav Rauchfuß** im Namen sämtlicher Hinterbliebenen. Die Beerdigung findet Mittwoch, den 16. März, nachmittags 1/2 1 Uhr, vom Trauerhause aus statt.

Politische Uebersicht.

Oesterreichs Finanzlage.

Im Oesterreichischen Abgeordnetenhaus hat die Regierung einen Gesetzentwurf eingebracht, der die ermächtigen will, durch eine Kreditoperation 2 1/2 Millionen Kronen als oesterreichischen Anteil der Kosten der Neubewaffung der Feldartillerie für 1909, 22,2 Millionen für Mehrkosten und außerordentliche Rüstungen bei der Landwehr und 150 Millionen Kronen zur Stärkung der Kassenbestände zu beschaffen, also insgesamt einen neuen Pump von maximal 182 Millionen Kronen anzulegen.

Diese Kosten rühren größtenteils her aus den Bewilligungen der stets ja sagenden Delegationen, die außer den regelmäßigen Heereskosten seit 1902 an außerordentlichen Krediten für Heer und Marine nicht weniger als 371 Millionen bewilligt haben, wovon auf Oesterreich der quotenmäßige Anteil von 242 Millionen fällt. Hier von wurden 151 Millionen im Anleihewege gedeckt, 90,8 Millionen aus der laufenden Gebahrung bestritten, wodurch die Kassenbestände, wie sich der Motivenbericht jetzt umschreibend ausdrückt, „derart belastet und geschwächt wurden, daß eine weitere Belastung der Kassenbestände mit außerordentlichen Heeresanlagen nicht möglich ist“.

Die Landwehrrüstungen für 22,2 Millionen sind der auf 1909 übertragene Anteil der Annektionskosten, sofern sie sich in Rüstungen bei der Landwehr ausdrücken, und die 150 Millionen zur Stärkung der Kassenbestände stellen in Wahrheit jenen Teil der Kosten der Rüstungen der gemeinsamen Armee und Marine dar, den man für 1909 in Rechnung zu stellen für gut findet. Diese Kosten wurden den Kassenbeständen ganz einfach als Vorschüsse entzogen, was eine schöne Illustration zur erbaulichen Mär vom bürgerlichen Parlamentarismus ist. Nun verhindert die ungarische Krise den Zusammentritt der Delegationen und so die Fertigstellung des gemeinsamen Budgets für 1910; die Regierung kann aber mit den von den Annektionsgenies Franz Ferdinand und Lehrenthal geleerten Kassen einfach nicht weiter wirtschaften und daher kommen diese Vorlagen, die durchzubringen die Regierung des Herrn v. Blenerth schwere Mühe haben wird.

Zunächst ist der Versuch, die Vorlagen rasch zur ersten Lesung zu bringen, vorläufig gescheitert. Am Schlusse seiner Donnerstagstagung hat das Abgeordnetenhaus mit einer Mehrheit von 6 Stimmen in namentlicher Abstimmung, gemäß einem Antrag unseres Genossen Seitz und gegen den Vorschlag des christlichsozialen Präsidenten Dr. Patai beschlossen, die Anleihevorlagen nicht als ersten Punkt auf die nächste Tagesordnung zu stellen.

Inzwischen hat das Abgeordnetenhaus die erste Lesung der neuen Steuerentwürfe, vorzüglich der Bier- und Branntweinsteuererhöhung, der Regulierung der Personaleinkommensteuer und der Erbssteuer, sowie der Einführung einer Mineralwassersteuer vorgenommen, welche Steuern hauptsächlich das Geld zur Sanierung der bankrotten Finanzen der Kronländer liefern sollen. Unsere Genossen haben es an energischen Erklärungen nicht fehlen lassen, daß es für sie keine Sanierung der Landesfinanzen ohne Demokratisierung der Landesverwaltungen gibt.

Deutsches Reich.

Parlamentarismus.

Aus dem Reichstage.

Berlin, 12. März. Mit der Genehmigung des Vertrags über die Gotthardbahn und der Bewilligung der Etats für den Reichsinvaliden- und den Allgemeinen Pensionsfonds, begann heute der Reichstag seine Tätigkeit. Sodann trat das Haus in die Beratung des Etats der Reichseisenbahnen ein. Petitionen, die eine Besserstellung bestimmter Arbeiter- und Beamtenkategorien der Reichseisenbahnen wünschten, sollten nach einem sozialdemokratischen Antrage zur Berücksichtigung überwiegen werden, während die Budgetkommission nur die Ueberweisung zur Erwägung beschlossen hatte. Der Eisenbahnminister v. Breitenbach hielt deshalb, und auch wohl der Abgeordnete Dr. Will bessere Bezahlung der Angestellten gefordert hatte, eine Rede gegen die reichslandlässigen Eisenbahner. Höhere Löhne als in der Privatindustrie sollen grundsätzlich nicht bezahlt werden, trotzdem nach einem bekannten Wort, das aber bisher nicht erfüllt worden ist, Staatsbetriebe Musterbetriebe sein sollen. Der Minister glaubte, mit einigen fogenannten anderen Vergünstigungen, die die Angestellten erhalten, paralisieren zu können. Wie es aber in Wahrheit damit bestellt ist, das legten die Genossen Emmel und Böhle beweislich dar. Genosse Böhle zeichnete denn auch die weitentworfene Methode nach Gebühr und brandmarkte die einfach standalösen Verkehrsleistungen, die auf amtliche Anordnung durchgeführt wurden, als der Jar durch Esack-Lothringen im vorigen Sommer gefahren ist. Bessere Eisenbahnverbindungen mit Frankreich wünschte der Volksparteiler Storz, und Genosse Wed sprach für die Angestellten der Schlafwagen und Speisewagen. Die Frage, ob man diese Einrichtungen nicht zweckmäßiger in den Eigenbetrieb übernehmen solle, überhörte der Minister abfällig. Offenbar ist ihm dieser sehr naheliegende Gedanke noch gar nicht gekommen, weshalb er keine Antwort darauf hatte. Der sozialdemokratische Antrag über die Behandlung der Petitionen wurde abgelehnt. Abends um 11 1/2 Uhr war auch der Eisenbahnetat erledigt. Am Montag wird über den Etat des Kanzlers und des Auswärtigen Amtes beraten.

Die Budgetkommission des Reichstags

erledigte am Sonnabend den Etat des Auswärtigen Amtes. Die Beratung wurde bei dem Geheimfonds fortgesetzt. Genosse David verlangte die Beilegung des Fonds, man solle eine offene und ehrliche Politik treiben. Bei der Abstimmung wurde die geforderte höhere Summe von 1 800 000 Mk. abgelehnt und der bisherige Betrag von 1 000 000 Mk. bewilligt. Für die höhere Summe stimmten außer den Konservativen und National-

liberalen, auch zwei Mitglieder des Zentrums. Ueber die Zustände in Abessinien entspann sich eine lange Debatte, die aber zum allergrößten Teil sehr vertraulich erklärt wurde.

Nationalliberal.

Die Nationalliberalen haben bei der letzten namentlichen Abstimmung über die preußische Wahlrechtsvorlage den Sitzungs-saal des preussischen Abgeordnetenhauses demonstrativ verlassen. Nach den letzten Stuhlbändelversuchen mußte diese entseidene Form der Opposition Bewunderung erwecken. Nun findet sich die Erklärung für die nationalliberale Helbertat.

Schon in seiner Rede erklärte Herr Friedberg: Es mußte Herrn v. Bredendorn bekannt sein, daß sechs bis acht Mitglieder unserer Fraktion für die öffentliche Wahl sind, daß diese Herren aber absolut nicht den Ausschlag geben.

Diese Ausführungen wurden eskalant bestätigt, als sämtliche nationalliberale Abgeordnete, Stimmhaltungen abend, den Saal verließen und es sich der Nationalliberale Deye dennoch nicht nehmen ließ, trotzdem für die Öffentlichkeit der Wahl zu stimmen. Wenn es demnach sogar zum Disziplinbruch gekommen ist, so muß wohl die Stimmung der sechs bis acht Mann, die Herr Friedberg bezeichnete, ziemlich Widerhall in der Fraktion finden. Mit Recht schreibt die Kreuzzeitung:

Und so stellt sich der nationalliberale Trick auch im Erfolgs lediglich als ein Max- und Morly-Streich dar. Ein nationalliberales Blatt hatte neulich das Verhalten der eigenen Partei im Reichstage auf Kinderbühnen zurückgeführt. Im Abgeordnetenhaus hat sich der nationalliberale Fraktion jetzt dieselbe Stimmung bemächtigt; sie läßt mitgebrachte Maßregeln liegen. Wer sie etwas höher einschätzt, wird vielleicht noch geneigt sein, ihre Stimmung als Galgenhumor zu bezeichnen. ... Die Absicht der Nationalliberalen, sich der namentlichen Feststellung ihrer Stellung zur geheimen Wahl zu entziehen, liegt klar zutage.

Die nationalliberale Stimmhaltung war eine Flucht, keine Opposition.

Die Wahlrechtsdemonstrationen.

Am gestrigen Sonntag haben in Berlin wieder Demonstrationen gegen die Wahlrechtsvorlage der Regierung stattgefunden. Nach dem Freepalast in der Burgstraße hatte die Demokratische Vereinigung eine Versammlung einberufen, die von mehreren tausend Personen besucht war. Als Referent sprach Herr v. Gerlach. Am Schluß der Versammlung wurde eine Resolution angenommen, in der der unentwegte Kampf für das gleiche Wahlrecht verkündet und gegen das Verhalten der Polizei protestiert wird. Die Versammlungsteilnehmer verließen unter Hochrufen auf das allgemeine und gleiche Wahlrecht den Freepalast und zogen auf Anordnung der Ordner nach dem Friedrichshain. Alle Zugänge der Straßen zum königlichen Schloß waren gesperrt. In der Bernauer Straße kam es zu einem Zusammenstoß mit der Polizei, wo letztere die Menge mit blanker Waffe anschnalder trieb. Verletzungen durch Stöße waren jedoch nicht zu verzeichnen. Sechs Personen wurden verhaftet. Um 5 Uhr nachmittags herrschte in der Stadt wieder vollkommene Ruhe. Auf der Kaiser-Wilhelm-Brücke kam es noch zu einem Zwischenfall, der ein gerichtliches Nachspiel haben wird. Frau v. Gerlach, die auf einem Omnibus saß, wurde von zwei Schutzleuten heruntergerissen und zum Polizeirevier gebracht. Herr v. Gerlach war in einer Drohsche durch die Schutzmannskette hindurchgekommen und begleitete seine Gattin zur Polizei. Vor dem Polizeirevier wurde er von einem Schutzmann in den Rücken gestoßen; ein anderer Herr, der sich als Junge erbot, erhielt von einem Wachmeister einen Stoß vor die Brust. Nach Vernehmung auf der Polizei wurden v. Gerlach und seine Gemahlin wieder entlassen. Herr v. Gerlach erklärte, er werde Beschwerde beim Polizeipräsidenten führen und dann den Rechtsweg beschreiten.

Ueber die Verhaftung der Frau v. Gerlach gibt ihr Mann im Berliner Tageblatt folgende Schilderung:

In unserer Begleitung befand sich Frau Dr. Theodor Barth. Wir waren die letzten, die den Versammlungssaal verlassen hatten und fanden daher auch die Burgstraße schon vollständig leer. Unser Weg führte nach der Kaiser-Wilhelm-Brücke, die ganz unbehelligt noch gesperrt war. Als wir dort eintrafen, kam ein Omnibus aus der Kaiser-Wilhelm-Straße und fuhr über die Brücke. Als ihm die Schutzleute Platz machten, ging meine Frau mit ihrer Begleiterin auf ihn zu und beide Frauen stiegen ein. Einige Aufhauer in der Burgstraße begleiteten den Vorgang mit Bravour, was wohl den anwesenden Polizeileutnant ärgerte. Er beorderte drei Schutzleute, die meine Frau an den Armen vom Wagen wieder herunterzerrten mußten. Als sie dagegen lebhaft protestierte, kommandierte der Leutnant: „Zur Waage mit ihr!“ Da ich selbst noch außerhalb der Schutzmannskette stand, konnte ich meiner Frau nicht sofort beistehen. Sofort legte ich aber Verwahrung gegen jede Verunglimpfung ein, zumal wir beide freiwillig mit zur Waage gehen würden. Nichtsdestoweniger wurde meine Frau noch immer an den Armen gezerrt, was bei den unbedeutlichen Aufhauern Enttäuschung erregte. Etwa ein Dutzend Personen stellten sich mir freiwillig als Jengen zur Verfügung. Um der peinlichen Situation möglichst schnell zu entgehen, beorderte der Polizeileutnant alsbald eine Drohsche, die uns nach der Waage brachte. Ein Mann, der mit nach der Waage gekommen war, um dort für uns zu zeugen, wurde einfach auf die Straße gewiesen. Ich selbst wurde im Fluß von dem Schutzmann Nr. 479 in den Rücken gestoßen, weil ich ihm jedenfalls nicht schnell genug war. Nach kurzer Vernehmung wurden wir wieder entlassen. Zunächst werde ich nun Beschwerde beim Polizeipräsidenten führen, dann aber auch den Rechtsweg beschreiten.

Auf Dienstag, den 15. März, abends 8 Uhr, hat die sozialdemokratische Parteileitung für Groß-Berlin wieder fünfzig öffentliche Volksversammlungen einberufen, und zwar 28 in den sechs Berliner Reichstagswahlkreisen, 12 in Teltow-Beeskow und 10 in Niederbarnim. In allen Versammlungen soll das Thema Polizeimaßregeln statt Wahlrecht behandelt werden.

Die Frankfurter Sozialdemokraten haben für gestern mittag 23 öffentliche Versammlungen für Männer und Frauen einberufen mit der Tagesordnung: Vor der Entscheidung des preussischen Abgeordnetenhauses. Nach Schluß der Versammlung zogen die Teilnehmer durch die Hauptstraßen. Zu Zwischenfällen kam es nicht.

Wie wir bereits gemeldet haben, hatte die Breslauer Polizeibehörde in den letzten Tagen eine Massenversammlung unter freiem Himmel, wie Breslau schon mehrere gesehen, aus reinem Machtkittel verboten. Auch die Stadt hatte sich gewelgere städtische Plätze herzugeben. Diesen Streich haben nun der Sozialdemokratische Verein, die Demokratische Vereinigung und der Verein für Frauenrechte im Recht dadurch vereitelt, daß sie in acht großen Sälen des Vergnügungsviertels Morgana politische Versammlungen einberiefen. Der Andrang hierzu war ungeheuer. Nach oberflächlicher Schätzung waren 30 000 Menschen anwesend. Wo

große Säle bei den Sälen lagen, wurde kurzerhand die Versammlung ins Freie verlegt. Als Redner traten von den Sozialdemokraten die Genossen Löbe, Schiller, Albert, Reulich u. a. auf. Für die Demokratische Vereinigung sprach Dr. Breitscheid und für die bürgerlichen Frauenrechtlerinnen Frau Friedländer. Der Abzug der Massen erfolgte ohne Zwischenfall. Vor dem Schloß wurden Hochrufe auf das gleiche Wahlrecht ausgedrückt. In der Nähe des Königsplatzes kommandierte ein heißsporniger Leutnant blankstehen, ohne daß es aber zu einem Zusammenstoß kam.

Strafe muß sein.

Die Kreuzzeitung berichtet in ihrer Wochenchau wunschraubend über die sozialdemokratischen Wahlrechtsdemonstrationen:

Die politische Bedeutung solcher Kundgebungen schätzen wir nach wie vor gering. Sollten sie sich, wie sozialdemokratische Redner ankündigen, in verstärktem Maße wiederholen, so wird die Polizei hoffentlich auch fernerhin dafür sorgen, daß die Straßen dem geordneten friedlichen Verkehr freigegeben werden, und wenn dazu die Berliner Schutzmannschaft nicht ausreicht, so ist die Stadt reich genug, um die doppelte und dreifache Zahl von Schutzmännern zu beschaffen, wozu sie nötigenfalls durch Erhöhung des geschlichen Pauschquantums auch angehalten werden kann. Demokratische und fortschrittliche Politiker, die gewohnt sind, vor dem König Demos die Knie zu beugen, bescheinigen vorzeitig den sozialdemokratischen „Spaziergänger“, daß sie nichts Befriedigendes getan hätten. Darüber wird das Oberverwaltungsgericht urteilen, so weit die Paragraphen des Vereins- und Versammlungsgesetzes in Betracht kommen.

Die Tendenz des Reichstagsbeschlusses verdient kein besonderes Lob, und die Zeitungen, die leichtfertig mit dem Gedanken spielen, die Massen könnten eines Tages der Staatsgewalt die Volksgewalt entgegensetzen, sind keine Freunde, sondern Verführer des Volks. Ihre Weisheiten über die „irreführte Polizei“ sind vorläufig noch sehr billig; sie können der Stadt aber teuer werden und das wäre wirklich ihr einziger Effekt, denn so weit sind wir in Preußen noch lange nicht, daß unsre Gesetze auf der Straße gemacht werden.

So frech die Ausführungen der Kreuzzeitung auch klingen mögen, es steht doch ein Kern von Wahrheit in ihnen. Hat doch tatsächlich die deutsche Städtebürgerschaft aus Sozialistenangst seit jeder den Junkern die besten Haselnußstrohe gekauft und bezahlt, mit denen ihr dann der heilige Respekt vor der junkerlich-preussischen Staatsautorität eingebläut wurde.

v. Jagow vor dem Forum der Treptower.

Die Maßregeln des Berliner Polizeipräsidenten am letzten Wahlrechtsonntag gaben unsern Parteigenossen in der Treptower Kommunalverwaltung Veranlassung, in einem Antrage den Gemeindevorstand zu ersuchen, bei dem Polizeipräsidenten von Berlin energisch dahin vorstellig zu werden, daß Polizeimaßregeln, wie sie am vergangenen Sonntag im Treptower Park und in der Gemeinde Treptow beliebt wurden, sich in Zukunft nicht wiederholen. Genosse Gerlach kennzeichnete in scharfen Worten das brutale Vorgehen der Polizeibeamten gegen wehrlose Menschen. In der Debatte erklärte ein Fabrikbesitzer, er habe sich zwar auch empört über die grundlosen Attacken der Polizisten, zu einer scharfen Beurteilung aber konnte er sich nicht anlassen. Bürgermeister Schablow suchte das Vorgehen der Polizei zu rechtfertigen. Bei der Gelegenheit betonte er, daß er an der Absperrung des Treptower Parks keine Schuld trage, da ihm die Volksgewalt für diesen Tag von der Aufsichtsbehörde genommen worden, mithin die Verantwortung für Treptow nach jeder Richtung hin ausgeschlossen sei. Die Randvorte der Kreise Teltow und Niederbarnim hätten gemeinsam mit dem Berliner Polizeipräsidenten die Absperrung verfügt. Bei der Abstimmung über den sozialdemokratischen Antrag blieben unsere Genossen allein, die Bürgerlichen stimmten dagegen, womit der Antrag gescheitert war.

Die durch die überflüssigen Absperrungsmaßnahmen des Polizeipräsidenten schwer geschädigten Gastwirte haben eine Eingabe an den Minister des Innern beschlossen, in der ausgeführt wird:

Wir sind der Ansicht, daß ohne Vornahme der Absperrungen sich alles ruhig und glatt abgewickelt hätte, da ja, wie gesagt, auch sonst an derartigen Tagen ein Massenandrang von mehreren hunderttausend Menschen im Treptower Park stattfindet, ohne daß sich hieraus Unzuträglichkeiten für die öffentliche Sicherheit, Ruhe und Ordnung ergeben. Wir richten daher an Euer Excellenz einmal die ehrerbietige Bitte, die erfolgten Absperrungsmaßnahmen für ungerechtfertigt zu erklären, ferner aber, uns durch entsprechende Anordnungen Euer Excellenz doch hochgeneigtest in Zukunft vor solchen Absperrungen und deren traurigen Folgen für uns zu bewahren.

Zum Schluß wird die materielle Seite des Polizeibergriffs, die Entschädigungsfrage, erörtert.

Wit der Ehe.

In den Tagen, da das züchtliche Eheleben des ehesten und besten Grafen Pfeil hinter verschlossenen Türen des Gerichtssaals besprochen wurde, in den Jahren, da Herr Schmitz und Herr Hamann im Gerichtssaal bürgerliche Eheleben vorbildlich streiften, erregt in den besten Kreisen eine Notiz der freisinnigen Zeitung Aufsehen, nach welcher der Maurerverband es ablehnte, Sterbegeld für die Frau eines Mitglieds zu zahlen, die 2 1/2 Jahre vor ihrem Tode von ihrem Mann getrennt lebte. Die Kreuzzeitung findet in dem Umstand der Abschmung der Auszahlung des Sterbegelds einen Beweis, daß die Sozialdemokraten die Ehe untergraben wollen.

Die Sozialdemokraten pflegen mit Enttäuschung zu befreiten, daß sie darauf ausgehen, die Ehe zu untergraben. In dem Schreiben des Vorstands des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands, der die vorstehenden Ausfassungen unterzeichnet hat, liegt ein blühiger Beweis für diese zersetzenden Bestrebungen vor. Hier sieht man, was für Auffassungen die sührenden „Genossen“ von der Ehe haben. Es ist, als befänden wir uns heute schon in dem von Bebel in seinem Buche Die Frau geschilderten Zukunftsstaat: „Der Kollege Raubinger kümmerte sich nicht um seine Frau; wir müßten die Ehe deshalb als geschieden ansehen.“ So „verfügt“ der Verbandsvorstand. Dieses Verhalten eröffnet für die Ehefrauen organisierter Arbeiter recht angenehme Aussichten. Es beleuchtet aber auch die Moral, die in den leitenden sozialdemokratischen Kreisen herrscht, in sehr deutlicher und lehrreicher Weise.

Der Gedanke, daß eine Ehe, die nicht durch Urteil eines preussischen Landgerichts geschieden ist, als nicht mehr bestehend betrachtet wird, dünkt dem Junkerblatt so revolutionär, daß der Vorgang gebührend hervorzuheben werden muß. Diesemal hat das Junkerblatt Recht mit seiner Enttäuschung, denn es bringt die verbündeten Regierungen und seine eigenen Parteigenossen in den Verdacht unklarer Bestrebungen. In der Novelle zum Unfallversicherungsgesetz, welche die verbündeten Regierungen am 17. November 1890 dem Reichstag vorlegte, lautete der zweite Absatz des § 6a:

Der Anspruch der Witwe eines durch Unfall verstorbenen Mannes ist ausgeschlossen, wenn die Ehe erst nach dem Unfall geschlossen worden ist. Der Anspruch kann ganz oder teilweise abgelehnt werden, wenn die Ehefrau ohne gesetzlichen Grund die eheliche Gemeinschaft aufgehoben, vor dem Unfall seit mindestens einem Jahre von ihrem Ehemann getrennt gelebt und ohne seine Bewilligung ihren Unterhalt gefunden hat. Derselbe Passus fand sich wieder in der Novelle von 1900. Damals bekämpften die Sozialdemokraten die Ausschließung der Witwenrente, indem sie die Streichung des Absatz 2 beantragten, aber alle Konservativen stimmten gegen den Antrag und erkannten einer Reihe von Witwen den Rentenanspruch ab. Nun, da eine Gewerkschaft so handelt, wie die Konservativen es 1900 für Recht erkannten, erblüht das Organ des Herrn v. Dendeband den Umsturz der bestehenden Gesellschaftsordnung. Die Konservativen werden bei Veratung der Reichsversicherungsordnung Gelegenheit haben, dieses „Untergraben der Ehe“ wieder aus den Unfallversicherungsgeheimnissen zu befechtigen. Mögen sie dabei auch bedenken, daß der Maurerverband in dem scheidlichen Bescheid nicht nur die „ungefährliche“ Trennung der Ehegatten zum Grund der Rentenverweigerung nahm, sondern auch gleichzeitig erklärte, daß der Verband auch die in „wilden Ehe“ lebenden, also „ungefährlichen“ Witwen als bezugsberechtigt anerkennt. Es kommt ihm also auf das wirkliche Zusammenleben im Eheverhältnis an, was allerdings längst kein wesentlicher Bestandteil der bürgerlichen Ehe mehr ist.

Der rechte Führer.

Vor zwei Jahren lehnte der Reichstag mit großer Mehrheit die Zimmung ab, in einer entlegenen Kolonie, a. B. Neu-Pommern, eine Galeere für deutsche Gefangene einzurichten, welche wegen Unverbesserlichkeit zur Strafverurteilung in das Pfefferland verurteilt werden sollen. Die Propaganda für dieses Deportationsystem treibt insbesondere der Liebertsche Reichsverband an gegen die Sozialdemokratie. Die Petitionskommission lehnte eine Anregung zur Gründung einer Versuchsanstalt für etwa 300 Sträflinge bereits ab; dessenungeachtet erscheint der Deportationsverband schon wieder mit der Bitte, man möge einen kleinen Versuch mit 50 Gefangenen machen, dessen Verneinung eine Verbandsgründe zu übernehmen bereit sei. Dieser Liebertsche Menschenerport-Gebäude erscheint nun, seit der Brandweinbidol besteht, in der politischen Nachbarschaft des Reichsverbandes als neue Freunde zu gewinnen. Der Zentralvorstand hat in der Petition des Deportationsverbandes dem Herrn Reichsanwalt als Material zu überweisen. Der Abgeordnete Sommer als Referent beantwortete den Uebergang zur Tagesordnung. Unsere Parteigenossen bekämpften die Verurteilung Strafgefangener in klimatische Wäldergruben. Sie wiesen auch auf den Gefahr einer politischen Ausnutzung der Deportationsbefugnis hin. Am Dienstag findet eine Abstimmung statt.

Berlin, 14. März. Im Auslieferungsverkehr zwischen Preußen und Frankreich findet auf Grund von Gegenseitigkeitserklärungen die Auslieferung fortan auch statt wegen Erpressung und Versuchs der Erpressung, sofern die Handlung sowohl nach deutschem wie nach französischem Rechte als Verbrechen oder Vergehen strafbar ist.

Ein Etat-Notgesetz. Ein Notgesetz zum preussischen Etat für 1910 ist von den bürgerlichen Parteien im Landtag in der Form eines Antrags eingebracht worden. Durch die Beratung der Wahlrechtsvorlage kann der Etat nicht rechtzeitig fertiggestellt werden.

Pensions- und Hinterbliebenenversicherung der Privatangehörigen. Wie offiziell mitgeteilt wird, befindet sich ein Gesetzentwurf in Vorbereitung, der eine Regelung der Pensions- und Hinterbliebenenversicherung der Privatangehörigen vorseht. Die Vorarbeiten hierzu haben bereits begonnen. Am 2. April ist der Eisenbahnenrat der deutschen Privatbeamtenverbände vom Staatssekretär des Innern zu einer Konferenz geladen, um alle Einzelheiten der geplanten Versicherung noch einmal zu erörtern. In Referenten für die kommende Vorlage sind die Geheimen Oberregierungsräte Beckmann und Koch vom Reichsamt des Innern bestellt. Die Arbeiten sollen so beschleunigt werden, daß bis zum Sommer eine endgültige Vorlage fertiggestellt ist, die dann den Bundesregierungen zur Begutachtung zugehen soll. Es ist schon anzunehmen, daß sich der Reichstag bei seinem Wiederzusammentritt im nächsten Herbst mit einem entsprechenden Gesetzentwurf zu beschäftigen haben wird.

Der Zentralausschuß der Fortschrittlichen Volkspartei erklärt in den liberalen Blättern einen Aufruf, der die Fusion der drei linksliberalen Parteien offiziell mittel und zum Beitritt in die neue Partei anfordert. Ganz besonders aber werden die Elemente aufgefordert, die sich zu einer freibürgerlichen Staatsauffassung bekennen, aber bisher wegen der Parteispaltung beiseite standen und ihre Mitwirkung den Linksliberalen verweigerten.

Elßah-Vothringen. Unterstaatssekretär Mandel wurde telegraphisch zum Reichsanwalt nach Berlin berufen, um an der für Montag im Reichstag vorgesehenen Debatte über die Verfassungsfrage in Elßah-Vothringen teilzunehmen.

Der Braunschweiger Oberstaatsanwalt hat dem Landtag einen Antrag eingebracht, worin er die Genehmigung nachsucht, den Botschaftern, unser Braunschweiger Parteiorgan, wegen Beleidigung des Landtages gerichtliche Verfolgung zu büßen. Der Botschafter hat sich am Freitag im Landtag den Antrag der Staatsanwaltschaft, dem dann auch einstimmig zugestimmt wurde. Von der Tribüne des Landtages herab ergab es bei diesem Resultat ein kräftiges Pöhl. Auch der Staatsminister v. Otto soll durch einen Volksfreundartikel beleidigt worden sein, Genosse Wese meier ist deshalb unter Anklage gestellt worden.

Unsere Partei gewinnt durch den Wahlrechtskampf zusehends an Anhängern. Der Volksfreund hat seit dem ersten Wahlrechtsabend dieses Jahres, am 28. Januar, rund 1400 neue Abonnenten gewonnen, und unsere Organisation zahlreiche Mitglieder. Daher die Mut.

Die Bonner Vorurten unter Anklage. Die Voruntersuchung wegen der bekannten Ausschreitungen der studentischen Corps in Bonn am 4. Dezember v. J. ist jetzt zum Abschluß gelangt. Nach dem Ergebnis der Untersuchung soll gegen eine Anzahl der Studenten wegen Gefährdung eines Eisenbahntransportes Anklage erhoben werden.

Wese dem Staatsanwalt!

Kultur. Das in Königsbrunn D. Schl. erscheinende Zentrumsorgan Der oberhessische Kurier veröffentlicht in latonischer Sprache nachstehende Notiz:

Beamtenkass. Summinküppel für ihre Beamten. — 40 cm lang und 3 cm dick — lassen die Kgl. Grundbesitzverwaltungen als Verteidigungswaffe gegen etwaige Angriffe anschaffen und geben dieselben zum Einkaufspreis an die Beamten ab.

Das gute Gewissen!

Die völlige Aufhebung des Oktrois beschloß der Gemeinderat der oberhessischen Kreisstadt Gebweiler mit 13 gegen 12 Stimmen. Die Mehrheit setzt sich aus 8 Sozialdemokraten und 5 Liberalen zusammen, die Minderheit aus Liberalen und Vertretern des Großkapitals. Nach der Abstimmung legte 7 liberale Gemeinderatsmitglieder ihr Amt nieder, so daß Ergänzungswahlen zum Gemeinderat erforderlich werden. Ausgleich wird

damit bezweckt, die Regierung zu einem Eingriff in die Selbstverwaltung der Gemeinde zu veranlassen in der Weise, daß dem Gemeinderatsbeschlusse die erforderliche Genehmigung des Bezirkspräsidenten verweigert wird.

Ein Sieg des preussischen Regiments. Die seiner Zeit bestritten worden ist, wurde dem polnischen Musiklehrer L. Ponicki in Ratowick (Oberschlesien) die Erteilung von Gesang- und Musikunterricht an Personen unter 21 Jahren von der Doppelregierung untersagt. Sie stützte sich auf eine aus dem Mittelalter stammende Verordnung. Da das Verbot nicht beachtet wurde, regnete es Strafmandate. In kurzer Zeit waren es 12 Stück à 300 Mk., macht 3600 Mk. Zwei Strafbescheide auf 600 Mk. waren bereits bezahlt worden. Da der Musiklehrer nicht im Stande war, die Tausende zu bezahlen, sollte er in Haft genommen werden. Er zog es aber vor, dem preussischen Staat den Rücken zu kehren und über die Grenze zu gehen.

Keine politische Nachrichten. Der Dalai-Lama ist in Calcutta eingetroffen.

Großbritannien.

Der Kampf gegen die indischen Revolutionisten.

London, 14. März. Ein indischer Student namens Savakar, der gestern abends aus Paris hier eingetroffen ist, wurde bei seiner Ankunft unter der Anschuldigung aufrührerischer Umtriebe verhaftet.

Marokko.

Ein neuer Aufruch?

Paris, 14. März. Der Korrespondent des Matin in Tanger will aus angeblich vorzüglicher Quelle erfahren haben, daß die Stämme der Jaers, der Jaens und der Jemmurs, einem Aufruf des Raib Muhammed Ahamu folgend, sich in einer Stärke von circa 4000 Mann versammelt und beschloßen hätten, die Kolonie des Generals Monier an der Grenze des Schanjaberges anzugreifen. Die Stämme betrachten die jüngsten unbestraft gebliebenen Ueberfälle auf die Franzosen in der Nähe des Lagers von Boukhal als eine Niederlage der Franzosen und wollen nunmehr die angeblichen Erfolge durch eine Offensive ausgleichen. Alle einberufenen Krieger sind mit Waffen und Munition reichlich versehen. Die Stämme kaufen Pferde zu jedem Preise auf.

Sächsische Angelegenheiten.

Die Reaktion in der Ersten Kammer.

Die Zweite Kammer hatte bekanntlich bei der Schlussberatung über den Gesetzentwurf zur Regelung der Verhältnisse der Radearbeits- und Fachlehrerinnen entgegen dem Regierungsentwurf und gegen die Stimmen der Konservativen beschloßen, die Pensionslasten für die Fachlehrerinnen nicht den Schulverbänden, sondern dem Staate aufzubürden. Die Deputation der Ersten Kammer hat, wie bereits mitgeteilt, unter Ablehnung des Beschlusses der Zweiten Kammer, die Regierungsvorlage wieder hergestellt. Nun hat sich auch die Erste Kammer diesem Beschlusse angeschlossen. Auffällig war es bei der Verhandlung in der Ersten Kammer besonders, daß auch der Dresdner Oberbürgermeister Beutler dafür eintrat, daß die Pensionen von den Gemeinden getragen werden sollen. Bedenkt man, daß der gegenteilige Beschluß der Zweiten Kammer gefaßt worden ist, um die Gemeinden vor weiterer Belastung zu bewahren, so muß es sonderbar berühren, daß ein Bürgermeister den Beschluß bekämpft. Von einem Bürgermeister hätte man erwarten müssen, daß ihm die Förderung der Gemeindefürsorge am nächsten liege.

Einen nicht minder reaktionären Beschluß hat die Erste Kammer bei der Schlussberatung über den Gesetzentwurf über das höhere Mädchenschulwesen gefaßt, indem sie die von der Regierung unter gewissen Verhältnissen vorgesehene Gemeinschaftserziehung verworfen hat. In diesem Falle war es der Oberbürgermeister Beutler, der sich bedingte für die Gemeinschaftserziehung auszusprechen und auch einen Antrag auf Wiederherstellung der Regierungsvorlage einbrachte, der jedoch nicht genügend unterstützt wurde. Gegen die Gemeinschaftserziehung zogen nicht nur der Kammerherr Schreier v. Sahr zu Felde, sondern auch die Oberbürgermeister Sturm-Chemnitz und Dittich-Leipzig. Der erstere erklärte sich als prinzipieller Gegner der Gemeinschaftserziehung und der letztere kann sich nichts Erfreuliches versprechen davon, daß die Gemeinschaftserziehung zugelassen werden soll. Der Kultusminister Dr. Beck verteidigte den § 19 der Regierungsvorlage, der der Regierung die Befugnis einräumt, ausnahmsweise befähigten Mädchen die Erlaubnis zum Besuche der höheren Anstalten zu erteilen, sehr schwach. Der Deputationsantrag auf Streichung des § 19 wurde schließlich einstimmig angenommen.

In der Zweiten Kammer ist der Gesetzentwurf noch nicht beraten worden. Es kann jedoch keinem Zweifel unterliegen, daß die Zweite Kammer sich auf den Boden der Regierungsvorlage stellen wird. Es wäre damit bei zwei das Schulwesen betreffenden Gesetzentwürfen ein Konflikt zwischen beiden Kammern geschaffen. Bei dem Konflikt in der Frage der Pensionslasten der Fachlehrerinnen kann man schon heute bestimmt annehmen, daß der Regierungsstandpunkt schließlich durchdringen werde, in der Frage der Gemeinschaftserziehung aber wird die Regierung wohl nicht hartnäckig auf ihrem fragwürdigen Standpunkte stehen bleiben, wenn die Erste Kammer bei ihrer ablehnenden Haltung bleibt. Es wäre dann allerdings ein zweiter Umfall der Zweiten Kammer nötig, wenn der Gesetzentwurf über das höhere Mädchenschulwesen verabschiedet werden sollte.

Konservative Selbsttäuschung.

Der engere Vorstand des konservativen Landesvereins hielt unter Einwirkung des Pfingstgerauschusses in Dresden eine Sitzung ab, in der allerorts betont wurde, daß ein frischer, kräftiger Zug durch die konservative Partei gehe. Die Zahl der Vereinsmitglieder sei in raschem Steigen, dazu seien acht konservative Vereine meist mit mehr als 100 Mitgliedern seit Neujahr gegründet. Man könne sich kaum eine bessere Hilfe hierbei denken, als das Auftreten der Liberalen in der Zweiten Kammer, das namentlich viele Beamte, aber auch Industrielle der konservativen Partei wieder zuführe. Nahegebende industrielle Persönlichkeiten, die wissen, was die sächsische Industrie der Regierung zu verdanken hat, möchten das Verhältnis zu ihr nicht getrübt sehen. Die Lage der Konservativen sei schon um deswillen jetzt ungünstiger, weil der Spul der Reichsfinanzreform nicht mehr verlange. Ebenso wäre das Märchen vom schwarz-blauen Wod angeht die Haltung der Konservativen dem Toleranzantrag des Zentrums gegenüber in ein Nichts zerfallen. Leider gestalten sich dagegen die Aussichten für die nächsten Reichstagswahlen, je mehr sich die Kluft zwischen Konservativen und

Liberalen vertiefe, immer trüber. Man sei jedoch nach wie vor bereit, mit den Liberalen zu paktieren, wenn ungerechte Bürgerpflichten gegeben würde, daß im Kampf gegen die Sozialdemokratie der Liberalismus auch die übernehmenden Verpflichtungen im nationalen Sinne erfülle, wobei man an die Konstituierung des Dresdener Stadtverordnetenkollegiums und die Wahl von Sozialdemokraten in der Stichwahl gegen Konservative erinnere. Auch die Position der Regierung gewinne immer mehr Anhänger. Schon jetzt würde das Ergebnis einer Neuwahl zum Landtag ein wesentlich anderes sein als vor einem halben Jahre. Betreffs eines geplanten Friedensschlusses zwischen Nationalliberalen und Regierung wurde die angebliche Ausherrung des Finanzministers, man wolle unter das Borgfallene einen Strich machen, in das Reich der Fabel verwiesen. Ein solches Abkommen habe aber erst dann Wert, wenn die tatsächlich führenden Persönlichkeiten der Liberalen sich bündig auf dasselbe verpflichteten. Freundschaftliche Beziehungen einzelner Hände die Haltung jener „Rarzen Männer“ gegenüber, die sich als Gegner der Regierung aufstellten und deren Verhalten namentlich in Bezug auf ihre Schilderung der früheren Verhandlungen zur Reform der Ersten Kammer sehr ansehbar gewesen sei. Zuletzt wurde mit hoher Genugtuung die absolute Einmütigkeit der sächsisch-konservativen Partei betont und versichert, daß man freudigen Muts der Zukunft entgegenzehen könne.

Die Konservativen hätten also allen Anlaß zufrieden zu sein, wenn nicht — die Aussicht auf die nächsten Reichstagswahlen ihnen schweres Alpdrücken verursachte!

Tag-Vanghammer in der Abwehr und im Angriff.

In den Chemnitzer Neuesten Nachrichten hat Herr Tag-Vanghammer einen längeren Artikel veröffentlicht, der sich gegen die Leipziger Gruppe in der nationalliberalen Partei richtet, die auf der Chemnitzer Landesversammlung gegen Vanghammer, kompromittiert hat. Daß jedoch nicht nur die Leipziger Gruppe gegen Vanghammer ist, zeigt auch die Tatsache, daß selbst in Chemnitz eine Strömung gegen ihn besteht. Während Vanghammer seine Expektorationen bisher in der Chemnitzer Allgemeinen Zeitung loslassen konnte, wendet sich diese jetzt auch gegen Vanghammer, so daß er seine Lust zu den freimütig schillernden Chemnitzer Neuesten Nachrichten nehmen muß. In diesem Blatte veröffentlichte Herr Vanghammer einen längeren Artikel gegen die Leipziger Richtung, der auch von dem Leipziger Tageblatt im Wortlaut übernommen worden ist, allerdings nicht um Herrn Tag-Vanghammer zu schützen, sondern um ihn auch eins zu versehen.

Herr Vanghammer führt in dem erwähnten Artikel des Chemnitzer Blattes aus, daß die ersten Mitteilungen über die Vorkänge auf der Chemnitzer Hauptversammlung von Zeitschreibern an der Chemnitzer Versammlung herrühren. Von der Wählarbeit der Leipziger Herren sei selbst der Parteivorstand übersehen worden. Ein Ausschuß der Leipziger Herren habe die Wählarbeit ganz im geheimen betrieben, die Leipziger Herren hätten nicht einmal den Mut gehabt, in der Landesversammlung öffentlich mit ihrer Ansicht hervorzutreten. In der geheimen Wählarbeit gegen Vanghammer sind auch Parteivorstandsmitglieder beteiligt gewesen, das will Vanghammer „an anderer Stelle“ beweisen. Die Vorbereitungen zur Wahl in der Versammlung lassen die Absichten erkennen, die die Leipziger Herren verfolgten; Geheimabstimmung und Vorschlag einer größeren Anzahl von Namen haben darauf hingewiesen. „It denn in der vorhergegangenen Vorstandswahl nicht auf die Gefahren, die durch die heimliche Aktion für die Interessen der Gesamtpartei entstehen müssen, hingewiesen worden?“ Dann teilt Herr Vanghammer zur Charakterisierung der geheimen Wählarbeit einer Gruppe Leipziger Parteigenossen folgende „Tatsachen“ mit:

„Diese Herren stehen seit längerer Zeit mit dem von mir verlassenen Herrn Riepmann und seinem Neffen, dem Rechtsanwalt Dr. Jassa in Verbindung. Einer dieser Herren soll in der Versammlung vom 6. März 1910 die Kandidaten des oben genannten Rechtsanwalts mitgebracht haben. Das wird mir von Chemnitzer Parteifreunden versichert. Die Tagaffäre war diesen Herren eine willkommene Gelegenheit, um ihre Absicht durchzuführen zu können, mich als Vertreter des linken Flügels der Nationalliberalen herauszubringen. Die Versuche hierzu gehen auf das Jahr 1905 zurück, wie wir an anderer Stelle nachweisen werden. Im Jahre 1909 hat man von dieser Seite mit allen Mitteln versucht, meine Kandidatur zu verhindern. Welche politische Absichten man dabei verfolgte, beweisen am besten die hiesigen Ausführungen der konservativen Presse. Aber noch eins! Anfang Februar 1910 fand nach Abschluß des Tagprozesses eine Sitzung des Landesvorstands in Dresden statt. Der Tagprozeß ist durch einen Bergleisch beendet worden. Der verlassene Riepmann hat unter dem Eindruck der vorangehenden eblischen Vernehmung von Zeugen den schwer beleidigenden Vorwurf der Hinterlist mehrerorts zurückgeschoben müssen. Riepmann, ein alter Gegner von mir in der Branche, war 1902 aus dem von mir geleiteten Verein deutscher Tapetenfabrikanten wegen mehrfacher Konventionen ausgeschlossen. Er strengte danach eine Klage wegen formaler Beleidigung gegen mich an. Ich erhol Widerlagel! Damals ist in dem für mich günstigen Urteil vom Gericht folgendes ausgeführt worden: „Allerdings hat der Angeklagte (Vanghammer) Beweis dafür angetreten, daß die Behauptungen des Riepmanns der Privatkläger (Gebrüder Riepmann) Unwahrscheinlichkeiten enthalten, und dieser Beweis ist gestützt.“ Das ist der Gewährs- und Vertrauensmann des Leipziger „Geheimbunds national-liberaler Parteifreunde“!

„Geheimbund national-liberaler Parteifreunde“ — Herr Vanghammer fordert sich, wie man sieht, nicht. Er führt eine scharfe Klinge gegen die hinterlistige Gruppe seiner Leipziger Parteifreunde. Die Tagaffäre stellt Vanghammer natürlich zu seinen Gunsten dar, die seine Gegner aber dennoch denugen, um ihn als Vertreter des linksliberalen Flügels zu stellen. Bis jetzt hat Herr Vanghammer noch nicht beweisen können, daß er in der Tagaffäre lauter gehandelt hat. In der nationalliberalen Partei scheint man jedoch entgegengesetzter Ansicht zu sein. Deshalb scheint uns auch Herr Vanghammer insofern recht zu haben, als seine geheimen Feinde ihn nicht wegen der Tagaffäre, sondern wegen seines „Rabulistikums“ befechtigt haben, wobei allerdings die Tagaffäre insofern mitgespielt hat, als die Gegner Vanghammers in dieser Affäre die treibenden Kräfte bei seinem Falle waren. Durch dieses hinterlistige, hinterhältige Absägen des gehetzten Partei-freundes“ erscheint die Handlungsweise des rechten Flügels der nationalliberalen Partei unfähig, feig und gemein. Doch das ist eine Sache, die die nationalliberalen Herrschaften unter sich selbst abmachen mögen. Für uns haben Vanghammers Enthüllungen insofern Interesse, als sie die volle Bestätigung liefern dafür, daß es nicht nur einen rechten und linken Flügel in der nationalliberalen Partei gibt, sondern auch, daß der rechte Flügel sich des linken entledigen möchte. Ist doch sogar versucht worden, Vanghammers Kandidatur zu hinterziehen. Wenn aber der Mantel fällt, dann muß der Herzog nach. Fällt Vanghammer, dann wird über kurz oder lang auch sein linksliberaler Anhang, der im Grunde genommen nur aus dem Abg. Martel besteht, fallen. Dann wäre die Bahn frei zu einem neuen Pakt mit den Konservativen, nach dem diese offenbar sehen wie die Kage nach der Milch. Insofern hat die Tagaffäre Vanghammers durch ihre Folgen nicht nur eine persönliche, sondern eine allgemeine politische Bedeutung, denn sie ist geeignet, Klärung zu schaffen. Das Fallentlassen Vanghammers ist ein Beweis, daß das Gros der nationalliberalen Heidenjücken nach rechts abdrängen muß.

Wie das Chemnitzer Tageblatt mitteilt, hat das einzige in den Landesvorstand gewählte Chemnitzer Mitglied der national-

liberalen Partei, Herr F o m m, die auf ihn gefallene Wahl abgesehen, weil andre verdiente Männer bei der Wahl unberücksichtigt geblieben seien. Da wäre ja nun Platz für Herrn Langhammer geschaffen worden. Da wird wohl der Geheimbund nationalliberaler Parteifreunde in Aktion treten!

Der Vorstand und der Ausschuss des nationalliberalen Vereins zu Chemnitz haben einstimmig beschlossen, folgende Resolution an die nationalliberale Landtagsfraktion abzugeben:

„Der nationalliberale Verein zu Chemnitz drückt der Landtagsfraktion seinen wärmsten Dank aus für ihre entschiedene einmütige Stellungnahme aus Anlaß der Vorgänge in der Landesauswahlkommission vom 6. März 1910. Wir versichern der Fraktion, daß wir Schulter an Schulter mit ihr die Gesamtinteressen der Partei zu wahren bestrebt bleiben werden. Wir bitten deshalb die Fraktion, unverzüglich die von ihr zur Befestigung des Konflikts innerhalb der Partei für gut befundenen Schritte einzuleiten. Wenn es dem christlichen und besonnenen Bestreben der Fraktion nicht gelingen sollte, unsern Landesvorstand in einer Weise zu reorganisieren, die den Gesamtinteressen der Partei dient, würde allerdings dem Chemnitzer Verein und den zu ihm stehenden zahlreichen Organisationen, um den Interessen der nationalliberalen Partei auch ferner mit Erfolg dienen zu können, nur noch der eine Ausweg übrig bleiben, im Sinne des Organisationsstatuts der Gesamtpartei (§ 25) die Bildung eines landesweitigen Verbandes ins Auge zu fassen.“

In einem an die Chemnitzer Allgemeine Zeitung gerichteten Artikel vertritt Herr S e t t n e r, daß die Landtagsfraktion nichts unternehmen, daß sie sich vielmehr mit ihrer Weisheitsgebundene begnügen werde.

Wie das Leipziger Tageblatt mittelst, treten am Montag die maßgebenden Instanzen des Leipziger nationalliberalen Vereins zusammen, um zu den Angriffen gegen den Leipziger Verein Stellung zu nehmen und eine Antwort auf die Vorwürfe Langhammers zu geben.

Das Ende des nationalliberalen Bruderkriegs ist also noch lange nicht abzusehen!

Die „goldene“ Jugend.

Reibereien zwischen einem Studenten und einem Leutnant hatten ein Nachspiel vor dem Landgericht Freiberg. Das Gericht verurteilte den früheren Bergakademiker Rodrigo Payne, zurzeit in Darmstadt, wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt zu 800 Mark, wegen Verletzung des Schutzmans Besold zu 50 Mark Geldstrafe und wegen Zweikampfs zu 4 Monaten Festungshaft. Der 23jährige, aus Spanien gebürtige Payne ist vorbestraft wegen Zweikampfs mit 3 Monaten Festungshaft und wegen Körperverletzung mit 300 Mark Geldstrafe. In der sechsten Morgenstunde des 11. November v. J. entspann sich im Restaurant Stadtpark zwischen dem ehemaligen Bergakademiker Freeman, der inzwischen Selbstmord beging, und dem Leutnant v. Schwabe ein Wortwechsel, in dessen Verlauf Freeman sich drastischer Ausdrücke bediente. Payne versuchte zu vermitteln, aber ohne Erfolg. Es kam schließlich auch zwischen dem Leutnant und Payne zu Tätlichkeiten, zu deren Abwehr v. Schwabe dank sag. Nun versuchte die Gegenpartei, ihm den Säbel zu entreißen, was aber nicht gelang und da der Exzess bedenklich wurde, sah sich der Richter des Stadtparks genötigt, polizeiliche Hilfe in Anspruch zu nehmen. Zur Feststellung des Tatbestands ließ sich der Schutzmans Besold von Leutnant v. Schwabe Angaben machen und stellte ein solches Verlangen auch an Payne, der dies unter beleidigenden Ausdrücken jedoch ablehnte. Man brachte den Studenten zur Wache, wo er noch Widersektlichkeiten beging. Schließlich wurde Payne gefesselt in die Fronsche gebracht, am selben Vormittag vernommen und dann entlassen. Am darauffolgenden Tage hatte er auf Grund einer Forderung des Leutnant v. Schwabe mit diesem einen Zweikampf im Hospital, was, der unblutig verlief. Es fand einmaliger Fugelwechsel bei 20 Schritten Distanz statt. Auf Grund der Beweisaufnahme kam das Gericht zu obigem Urteil.

Eine Kreisversammlung für den 14. Wahlkreis fand gestern in Froburg statt. Die Versammlung nahm zunächst die Berichte der Kreisleitung entgegen und beschäftigte sich sodann mit der Kandidatenfrage. Nach langer, lebhafter Debatte wurde Genosse Parteisekretär Karl Kysel-Weipzig als Kandidat für die nächste Reichstagswahl gewählt.

Dieser. Gegen eine Anzahl Unteroffiziere des hiesigen Manenregiments ist eine Untersuchung wegen umfangreicher Soldatenmißhandlungen vor dem Kriegsgericht Dresden eingeleitet worden. Gegen einen der Beteiligten, den Sergeanten Kasper, häufte sich in den letzten Tagen das Belastungsmaterial derart, daß er wegen Mißhandlungen in über 100 Fällen in Haft genommen wurde. In seiner Zelle hat er einen Selbstmordversuch verübt, indem er sich am Gitter seines Zellenfensters erhängte. Er wurde jedoch noch rechtzeitig abgeholt, die angestellten Wiederbelebungsversuche waren von Erfolg. Er wurde in das Garnisonlazarett übergeführt. In nächster Zeit wird gegen ihn und seine Komplizen verhandelt werden.

Kleine Nachrichten aus dem Lande. Durch Unfall einer brennenden Petroleumlampe ist in Pulsnitz die Ehefrau des Schuhmachers W i l l i g e r tödlich verunglückt. Die Kleider der Frau fingen Feuer und bald stand die Frau gänzlich in Flammen. Der Chemann übergoß in seinem Schreck die brennende Frau mit einem Eimer Wasser, wodurch die Brandwunden aber nur noch mehr an Ausdehnung gewannen. Die Frau ist bald darauf ihren schweren Verletzungen erlegen.

An der Ecke der Sporengasse und Schloßstraße in Dresden wollte ein Chauffeur mit seinem Automobil umlenken und fuhr zu diesem Zweck ein Stück rückwärts. Dabei stieß der Wagen mit seinem Hinterteil in das nach der Sporengasse zu befindliche große Schaufenster des Kunstsalons von Ernst Arnold; daselbst wurde hierdurch vollständig zertrümmert und eine Anzahl terramischer Kunstgegenstände, die sich im Schaufenster befanden, ebenfalls durch die herumschwebenden Glasplitter arg beschädigt. Vor dem Schaufenster stand ein Ehepaar aus Jena, ins Ansehen der Kunstgegenstände vertieft. Es wurde durch das Automobil mit in das Schaufenster gedrückt und erlitt schwere Verletzungen. Das Automobil, das einem hiesigen Fabrikbesitzer

gehört, war unbefestigt. — In Döberstau bei Baugen erhängte sich ein 14jähriger Schulknabe. Mehrere Knaben hatten Flagpatronen gefunden, welche sie auf freiem Felde in ein von ihnen angelegtes Feuer warfen. Die Patronen explodierten, wobei einer der Knaben im Gesicht und am Hals schwer verletzt wurde. Dieser Umstand dürfte der Beweggrund zu der Tat des jugendlichen Selbstmörders sein. — In Jitta wurde ein 14jähriger Knabe verhaftet, der in der Dunkelheit einer Frau eine Handtasche mit 80 Mark entrispen hatte.

Aus den Nachbargebieten.

Ein Reizfall der Gelben.

Die Magdeburger Volksstimme berichtet:

Ein klares Bild von der wahren Stimmung der Arbeiter in dem gelben Verein auf dem Krupp-Grusonwerk in Magdeburg geben die Wahlen der Arbeitervereinsvertreter zur Betriebskrankenkasse. Es waren zwei Listen aufgestellt, eine von selten des Werkvereins, die andere seitens unfrer Genossen. In fast sämtlichen Werkstätten und Betrieben sind die letzteren gewählt. Auch der den Voten im Zentralbureau präsentiertere Vertreter ist glänzend durchgefallen. Die Voten sind natürlich nicht gewerkschaftlich organisiert, also vom Terrorismus und Wahlen der „roten Genossen“ kann keine Rede sein. Die Krankenkassenwahlen haben also klar und deutlich bewiesen, daß der größte Teil der Arbeiter des Krupp-Grusonwerks sich von den Gelben losläßt, und daß sie nur gewöhnlichen Mitglied des Arbeitervereins geworden sind. Es hat also alle Mühe und Arbeit des Herrn Oberingenieurs Winkler und seiner treuen Helfer, besonders des Herrn „Schlossers“ Warnede, letzten Geheimsekretärs des Herrn Winkler, nichts genützt, die christlichen Arbeiter wollen nicht gelb sein, und es wird die Stunde kommen, wo das mit so vieler Mühe aufgebaute Kartenhaus der gelben Reaktion in sich selbst zusammenstürzt wird. Wie wir hören, soll sogar ein Gelber aus der Waldendreherei in einem Schreiben an die Direktion diejenigen Arbeiter denunziert haben, welche nach seiner Ansicht „rot“ wählten. Wo bleibt da die geheime Wahl?

Aus der Umgebung.

Leipzig und Vorortspartassen!

Nachdem vor einigen Tagen der Spartassenausschuss von Liebertsdorf einen Protest gegen die Ausführungen des Herrn Tobias in der letzten Leipziger Stadtverordnetenversammlung losgelassen hatte, wendet sich jetzt der Gemeinderat von Dörsch mit folgender Erklärung an die Presse:

Die Vorgänge in der Leipziger Stadtverordnetenversammlung vom 9. März 1910 veranlassen den unterzeichneten Gemeinderat in seiner gestrigen Sitzung zu folgender einstimmigen Erklärung:

In der Erwägung, daß die den Landgemeinden und ihren Einrichtungen, also auch den Gemeindeparzellen vorgeordneten Behörden in aufsteigender Linie die Amtshauptmannschaft, Kreisamtsverwaltung und das Ministerium des Innern; nicht aber der Herr Kommerzienrat Tobias, die Stadtverordneten, der Rat und Oberbürgermeister der Stadt Leipzig sind,

in der Erwägung, daß die genannten Staatsbehörden da, wo solches erforderlich, streng darüber wachen, daß die Gemeindeparzellen in Bezug auf Sicherheit der Einlegerguthaben ihren Pflichten gewissenhaft nachkommen, somit für das Publikum bezüglich seiner Guthaben in den Landgemeindeparkassen irgend welche Gefahren vollständig ausgeschlossen sind,

in der Erwägung, daß einige von Herrn Kommerzienrat Tobias aufgestellte, aber auch entsprechend aufgebaute Fälle in dem Geschäftsbereich mehrerer Spartassen jetzt einverleibter Vororte den genannten Herrn nicht berechtigen, die Spartassen aller Vorortsgemeinden in der von ihm beliebigen, verallgemeinernden Weise abzuurteilen,

in der Erwägung, daß die hiesige Vorortspartasse unverhältnismäßig hohe Grundstückzinsen, wie solche z. B. von dem gerichtlichen Sachverständigen, Vizevorsitzer der Leipziger Stadtverordneten, Baurat Ente vorgelegen haben, schon von selbst zurückweist,

in der Erwägung aber endlich, daß die ganze, von Herrn Kommerzienrat Tobias quasi an den Haaren herbeigezogene, stark nach Konturenmanöver und nach bestellter Arbeit anschauende Angelegenheit im Zusammenhang mit der unmittelbaren darauf folgenden Verprechung und Entschliebung über „Gemeindeverband und Ueberlandzentrale“ aus einer verzerrten Rücksichtnahme darüber sehr ähnelnd steht, daß auf diesem Gebiete der Stadt Leipzig die angestrebte Hegemonie über die Vorortsgemeinden vorbei gelungen ist, weist der Gemeinderat von Dörsch die Ausführungen des Herrn Kommerzienrat Tobias für die Gemeindeparzelle zu Dörsch als unzutreffend zurück und geht zur Tagesordnung über.

Im übrigen kam in der Gemeinderatsitzung noch die Tatsache zur Sprache, daß sogar ein Leipziger Ratmitglied dem Vorstände der hiesigen Spartasse in einer Spartassendatenschasse Schmiergeld — selbstverständlich ohne Erfolg — angeboten hat.

Dörsch, am 12. März 1910.

Der Gemeinderat.
Feller, Gemeindevorstand.

Wenn der Gemeinderat von Dörsch sich dagegen wendet, daß die in einigen Gemeindeparkassen vorgefundenen Mißstände verallgemeinert und allen Vorortspartassen ein Vorwurf gemacht werde, so mag das berechtigt sein. Ganz unangebracht scheint es uns aber, wenn man versucht, die Aufdeckung von Mißständen — und daß solche in einigen Fällen vorhanden sind, wird ja in der Erklärung gar nicht bestritten — dadurch zu diskreditieren, daß man sie als eine Art Vergeltungsakt bezeichnen, den die Stadt Leipzig ausführe, weil ihr „die angestrebte Hegemonie über die Vorortsgemeinden vorbeigelungen ist“. Mit demselben Recht könnte man — was natürlich ebenso verkehrt wäre — den Spiegel umdrehen und sagen, Herr Feller, der dem vorbereitenden Ausschuss für die Ueberlandzentrale angehört, benutze die Gelegenheit, um sich dafür zu rächen, daß an dem Verhalten des Ausschusses Kritik geübt worden ist. Aber das ist der Erfolg und das Verdienst der Leipziger Amtshauptmann-

schaft, die ihre Hauptaufgabe darin zu sehen scheint, den Gegensatz zwischen Stadt und Landgemeinden bei jeder Gelegenheit hervorzutreiben und künstlich zu verhärteten. Und das ist ihr wieder einmal trefflich gelungen.

Paunsdorf. Gemeinderatsitzung vom 11. März. Bei einer am 31. Januar vorgenommenen Nahrungsmitteluntersuchung wurden 51 Proben entnommen. Ausstellungen waren nicht zu machen. Am 10. und 11. März hat durch den Verbandsrevisor eine Revision der Bücher und Kassen stattgefunden, wobei alles in bester Ordnung vorgefunden wurde. — Zu einem Konzeptionsgesuche (Uebertragung) wurde die Bedürfnisfrage einstimmig anerkannt. — Wegen einer Bestimmung der Einquartierungsordnung macht es sich notwendig, beim Ministerium um Dispens nachzusuchen. Es wurde entsprechend beschlossen. — Wegen der Herstellung von Fußwegen wurde der Vorsitzende ermächtigt, mit einigen Grundstücksbesitzern, vor deren Grundstücken die Fußwege noch herzustellen sind, zu verhandeln, damit die Herstellung der Fußwege mit Vortschwellen und Mosaikpflaster bald vorgenommen werden kann. Der Bauungsplan B ist fertiggestellt. Vom Vorsitzenden ist das dazu notwendige Ortsgesetz entworfen. Es wurde vorggetragen und vom Gemeinderat genehmigt. — Das in der letzten Gemeinderatsitzung mit 10 gegen 6 Stimmen beschlossene Steuerregulativ, wonach die Einkommensteuer nach gleichen Zuschlägen zur Staatssteuerstaffel erhoben werden soll, lag zur zweiten Beschlussfassung vor. Hierzu wurde vom Vorsitzenden eine Resolution verlesen, die eine am 10. März stattgefundene nichtöffentliche Versammlung des Gemeinützigen Vereins, zu der auch an Nichtmitgliedern Einladungen ergangen waren, gefast hatte. Die Petenten wandten sich in dieser Resolution gegen den Beschluß des Gemeinderats und wünschten, daß der Staatsnormalsteuerfuß erst von 1400 Mk. Einkommen ab zur Geltung kommen sollte, daß also für die unteren Klassen der hohe Steuerfuß beibehalten werde. Durch das nunmehr beschlossene Steuerregulativ unter Zugrundelegung der Staatssteuerstaffel werden nämlich die niedrigsten Klassen bis zu 1250 Mk. Einkommen etwas entlastet. Nach sehr erregter Debatte wurde der Beschluß der vorigen Sitzung diesmal mit 8 gegen 7 Stimmen bei einer Stimmenthaltung zum zweitenmal gefast.

Borsdorf. Die diesjährige Frühjahrs-Kontraktversammlung findet Montag, den 18. April 1910, vormittags 9 Uhr, in Brandis, Rathausaal, für Unteroffiziere und Mannschaften der Reserve und Landwehr 1. Aufgebots, sowie Dispositionsurlauben, Erfahreneristen, Halbinvaliden und zeitig Ganzipaliden statt.

Borsdorf. Schulknachrichten. Die öffentlichen Prüfungen an der Volksschule finden Dienstag, den 15. und Mittwoch, den 16. März, die Prüfung der Fortbildungsschule u. a. Dienstag, den 15. März, nachmittags, statt. Im Anschluß an die Prüfung werden die Fortbildungsschüler entlassen. Der Unterricht im neuen Schuljahr beginnt Dienstag, den 5. April, nachmittags 5 Uhr. Neueintretende Schüler haben das Schulzeugnis der zuletzt besuchten Schule mitzubringen. Fortbildungsschulpflichtige, die eine auswärtige Fortbildungsschule besuchen, haben dies dem Schuldirektor Schneider bis zum 12. April durch Zeugnis oder Schulleiters nachzuweisen. Die Prüfungen werden in der Turnhalle abgehalten. Während der Prüfungen sind die Zeichnungen in Zimmer Nr. 9, die Douararbeiten in Zimmer Nr. 10 ausgestellt. Kinder haben zu den Prüfungen und Ausstellungen nur in Begleitung Erwachsener Zutritt. Die Entlassung der abgehenden Schulkinder erfolgt Freitag, den 18. März, vormittags 10 Uhr, in der Turnhalle. Das neue Schuljahr beginnt Montag, den 4. April, früh 7 Uhr. Die Eltern 1910 neuereintretenden Kinder werden an demselben Tage, nachmittags 2 Uhr, in der Turnhalle aufgerufen.

Der Direktor der hiesigen Schule wurde als Schuldirektor in Neugersdorf gewählt. Er verläßt seine jetzige Stellung Mitte Mai.

Mosau. Messerstecher. Bei einer Schlägerei zwischen zwei polnischen Arbeitern griff der eine zum Messer und brachte seinem Gegner mehrere Stichwunden bei. Der Verletzte mußte in das Krankenhaus gebracht werden. Der Messerheld wurde verhaftet.

Böhlitz-ehrenberg. Kaktusladenschluß. Nachdem sich mehr als zwei Drittel der Inhaber offener Verkaufsstellen im Handelszweig für die Einführung des Kaktusladenschlusses ausgesprochen haben, hat die Kreisamtsverwaltung angeordnet, daß die Läden auch in der Zeit von 8 bis 9 Uhr abends für den geschäftlichen Verkehr geschlossen sein müssen. Diese Anordnung tritt außer Kraft 1. bei unvorhergesehenen Notfällen, 2. an allen Vorabenden von Sonn- und Feiertagen, 3. an den beiden letzten Sonntagen vor Weihnachten und 4. an denjenigen Tagen, die die Amtshauptmannschaft nach den gesetzlichen Bestimmungen bestimmen wird.

Schkeuditz. Der Bildungsausschuss hatte am 10. März ein Konzert veranstaltet, zu dem er die Frau Bollen-Basson sowie das Schlegelsche Streichquartett gewonnen hatte. Daß er damit die richtige Wahl getroffen hatte, bewies die gespannte Aufmerksamkeit, mit der das sehr zahlreich erschienene Publikum die einzelnen Nummern verfolgte, sowie der lebhafteste Beifall, der nach jedem Stück gesendet wurde. Um dem Verlangen der Arbeiterchaft nach guter Musik gerecht zu werden, denkt der Arbeiterbildungsausschuss für April eventuell noch ein Künstlerkonzert zu veranstalten. Das Nähere darüber wird noch bekannt gegeben. Bei dieser Gelegenheit möchten wir noch einige Worte an unsere Frauen richten und sie ersuchen, doch bei derartigen Veranstaltungen den Strickstrumpf zu Hause zu lassen. Wir sind der Ansicht, daß eine Arbeiterfrau, die den ganzen Tag von früh bis abends tätig sein muß, sehr wohl auch einmal eine Stunde der Erholung braucht und deshalb bei einem Konzert die Hände einmal ruhen lassen kann. Einen um so größeren Anteil wird sie an den dargebotenen Genüssen haben, ganz abgesehen davon, daß ein aufmerksamer Zuhörer durch das ununterbrochene Gespöcher der Nadeln empfindlich gestört wird.

Dörsch. Altranstädter Sitzung, Gemeindevorstand. Freitag, den 18. März, finden Gemeinderatswahlen statt. In Altranstädt abends 8 Uhr im Maternschen Gasthaus; in Kleinlehna abends 7 Uhr im Gasthof Schützenhaus. Es ist Pflicht eines jeden Arbeiters, sich an der Wahl zu beteiligen. Alles Weitere wird durch Handzettel bekannt gegeben.

Zentrale für Weberei-Erzeugnisse, Leipzig

Mittelstrasse 22 Ecke Friedrich-List-Strasse
(Kein Ladengeschäft)

verkauft sämtliche Artikel der Weberei-Branche auch an Privats zu

Engros-Preisen

weil sie alle die Waren vortenernden Unkosten, wie hohe Ladenmiete etc. vermeidet.
Die Zentrale für Weberei-Erzeugnisse bietet stets eine günstige Kaufgelegenheit!

Ferner ist noch vorhanden:

Stangenleinen, Bezug mit 2 Kissen 4.75	Linon, Ia, Bezug mit 2 Kissen 5.00	Tolle de Géorgie, das Feinste Meter 65	Damen-Kemden m. Stick. 2.— 1.60 1.25	Miederschürzen 1.35 90
Bettstätten mit Hohlraum, Bezug mit 2 Kissen 7.50	Inlett, federdicht, türkischrot Bez. 5.50	Weiss Barohent, feinstädig, 80 cm breit Meter 44	Dam.-Beinkleid. m. Stick. 1.40 1.25 90	Handtücher, rein Leinen, 110cm, Dtz. 4.80
Damast mit Seidenglanz, Bezug mit 2 Kissen 6.00	Bettuchdowlas, 150 cm Meter 75	Ungebl. Barohent, 80 cm breit, Meter 45	Macco-Herren-Kemden, Ia 2.— 1.50	Halbfertige Batist-Blusen, bestickt 1.80 etc. etc.
	Kemdentuch, 80 cm, kräftig, Meter 32	Blusenziphir 3 Meter 100	Wirtschaftsschürzen . . . 1.— 50	
	Renforce, Ia Meter 48			

Gardinen

In diesem Monat:

Serie I Wert 50	Serie II Wert 75	Serie III Wert 1.00	Serie IV Wert 1.20	Serie V Wert 1.40
jetzt 35	jetzt 55	jetzt 75	jetzt 85	jetzt 1.00

Abgepasste Gardinen, Stores.

Vitrageknöper	40
Vitragedamast, weiss, creme, mais, altgold	Wert 85, jetzt 60
Abgepasste Vitrage	Fenster 1.40 1.90 2.75 3.20
Spachtel und Tüllkante	von 25 an

Zur Aufklärung

in der

Fussbekleidungsfrage.

Seit kurzem werden fabrikmässig hergestellte Schuhwaren für **ranke Füsse** angepriesen, die als Massenprodukt der jeweiligen Gestaltung derselben **nicht** entsprechen können. Da sich selbst bei getunden Füssen vielfach Abweichungen ergeben, so können Fussbekleidungen zweckentsprechend nur bei dem fachgebildeten Schuhmachermeister hergestellt werden, wenn man Schäden der Füsse beheben oder weiteren vorbeugen will.

Dass sich Aerzte dazu hergeben, die Reklame für sogenanntes orthopädisches Massenprodukt mit ihrem Namen zu decken, ist bedauerlich.

Täuschung

ist ferner die Behauptung der Schuhbasare, dass die bei ihnen gekauften Stiefel auf den Originalleisten repariert würden. Die Schuhbasare erhalten ihre Waren zum grössten Teile aus den Schuhindustriekontoren und lassen die ihnen übergebenen Schuhreparaturen häufig unter grösster Lohnrückerlei und Verwendung minderwertigsten Materials von Holzarbeitern ausführen.

Die vereinigten
selbständigen Schumachermeister Leipzigs.

Fritz Weber
Grosse Fleischergasse 22
Telephon 14 790

Feinste Molkerei-Butter
Ersklassiger Buttersatz
Frische Trink-Eier
Sämtliche Sorten Käse

Arbeiter-Frauen!
Bezieht Euch bei Einkäufen
auf die Leipziger Volkszeitung

Leipziger Brotfabrik

Gebr. Joachim, Pätz & Co.

Fernsprecher: 4379.

Wir ermässigen von Dienstag, den 15. ds., ab den Preis unseres

garant. rein. Roggenbrotes

2 Pfennige pro Kilo.

Es kostet Marke: Hausbrot 24 Pfg. pro 1 Kilo
Landbrot 23 Pfg. pro 1 Kilo
Leipziger Schwarzbrot 22 Pfg. pro 1 Kilo.

Man achte genau auf unsere Schutzmarke:

Stern mit



Monogramm.

Theatervorstellungen.

Neues Theater.

Montag, den 14. März: 70. Abonnement-Vorstellung (2. Serie, rot):
Der Trompeter von Säckingen.
Oper in 3 Akten, nach einem Vorspiel. Mit autorisierter teilweiser Bearbeitung der Idee und einiger Originalstellen aus H. Ritter v. Säcking's Dichtung von Rudolf Kunge. Musik von Viktor E. Wehler.
Regie: Regisseur Maxion. — Musikalische Leitung: Kapellmeister Conrad.
Einstieg 7 Uhr. Anfang 7 Uhr. Ende 10 Uhr. **Ständige Besetzung.**
Spielplan: Dienstag: Maria Magdalena. Anfang 7 Uhr.

Altes Theater.

Montag, den 14. März, abends 8 Uhr
Der Graf von Luxemburg.
Operette in 3 Akten von H. W. Müller und Robert Bodanzky.
Musik von Franz Lehár.
Regie: Oberregisseur Karl. — Musikalische Leitung: Kapellmeister Hindelsen.
Montag, den 14. März, abends 8 Uhr
Der Graf von Luxemburg.
Operette in 3 Akten von H. W. Müller und Robert Bodanzky.
Musik von Franz Lehár.
Regie: Oberregisseur Karl. — Musikalische Leitung: Kapellmeister Hindelsen.
Montag, den 14. März, abends 8 Uhr
Der Graf von Luxemburg.
Operette in 3 Akten von H. W. Müller und Robert Bodanzky.
Musik von Franz Lehár.
Regie: Oberregisseur Karl. — Musikalische Leitung: Kapellmeister Hindelsen.

Theatervorstellungen.

Vereinigte Leipziger Schauspielhäuser.

Leipziger Schauspielhaus.

Montag, den 14. März, abends 7 1/2 Uhr:
Gastspiel des Königl. Sächsl. Hoftheaters Kothar Mehnert vom Königl. Hoftheater Dresden.
Das Rossett.
Dramm in 3 Akten von Hermann Suder.
Regie: Anton Hartmann.
Montag, den 14. März, abends 7 1/2 Uhr:
Gastspiel des Königl. Sächsl. Hoftheaters Kothar Mehnert vom Königl. Hoftheater Dresden.
Das Rossett.
Dramm in 3 Akten von Hermann Suder.
Regie: Anton Hartmann.

Neues Operetten-Theater.

Montag, den 14. März, abends 8 Uhr:
Gastspiel Julius Spielmann.
Das Färsentind.
Operette in 1 Vorspiel und 2 Akten (teilweise nach einer Erzählung Abbotts) von Victor Léon. Musik von Franz Lehár.
Regie: August Reiffinger. Dirigent: Kapellmeister Julius Wapperer.
Montag, den 14. März, abends 8 Uhr:
Gastspiel Julius Spielmann.
Das Färsentind.
Operette in 1 Vorspiel und 2 Akten (teilweise nach einer Erzählung Abbotts) von Victor Léon. Musik von Franz Lehár.
Regie: August Reiffinger. Dirigent: Kapellmeister Julius Wapperer.

Krystall-Palast-Theater
Vorletztes Auftreten sämtlicher Spezialitäten.
Anfang 8 Uhr. Gewöhnliche Preise. Dutzendkarten Mk. 3.50.

Spezialgeschäft für Bettfedern u. fertige Betten
Dampf-Bettfedern-Reinigungs- u. Desinfektions-Anstalt.
Großes Lager in Inletts.
Heinr. Rohr, Leipzig-Volkmarisdorf, Kirchstr. 2
Ecke Wurzen Strasse.

Wep. Honig iss!
sollte nur garant. reine u. feinste Sorten wählen, da nur diese höchst. Nahrungs-, Genuss- und Heilwert besitzen, wirksam sind bei Blutarmut, Schwäche, Qual. I 1.30 Mk. excl. Glas, Qual. II 1.10 Mk. pr. Pfd. excl. Glas.*
Reformhaus Thalsia
Zentrale Neum. 40, 50.1. Südstr. 36, Pl. Leuchtturmstr. 11, L.L. Demmeringstr. 21, G.O. Halleischer Str. 81, B.O. Schleierstr. 3, V.O. Eisenbahnstr. 98, Th. Stötterstr. 23, R.O. Unt. Münsterstr. 10b, St. Leipzigstr. 30, Oetzsch-Gautscheschstr.

Für den Umzug
Extra-Angebote bedingt durch Massen-Einkauf mit 5 Geschäften
Teppiche
zirka 800 Stück in allen Größen und Qualitäten
30 Proz. ermässigt
Gardinen
8000 Fenster, pro Fenster 7.75 5.50 3.25 2.50
Gardinen
10000 Meter, pro Mtr. 1.10 0.95 0.75 0.55
Stores [1875*]
1000 Stück in Erbstatl, Tall, Madras 15.50 10.— 7.75 5.25 3.—
Vitrage
1000 Paar, pro Paar 1.25 4.50 3.75 2.50 1.75
Uebergardinen
in Plüsch, Tuch, Leinen per Garnitur 8teilig 18.— 18.50 9.50 6.75 4.25
Tischdecken
in Plüsch, Tuch, Phantasie 18.50 12.— 9.50 7.— 4.75 3.—
Diwandecken
Sofaspitze, Stopp, Schlaf-, Reise-Decken, Felle, Vorlagen, wovon ein Teil als Reismuster geodient, enorm billig
Sofa-Bezüge
Wolle Reste Moquette Plüsch Taschen
Engel's
Spezial-Haus
Hainstrasse 28.

Battenberg.
März 1910:
Brüder Schlochl, mechanisches Variété-Theater.
Karl Maxstadt
Golemanns Dressurakt: Hunde, Katzen, Tauben.
Battenberg-Theater
Heute: Abends 8 1/2 Uhr: Haus Loni. Lustspiel in 4 Akten von A. L'Arrange.
Morgen: Abends 8 1/2 Uhr: Unsere Frauen. Lustspiel in 5 Akten.
Verkauf superer Biletts bei Franz Stein, Markt 16, und Paul Wagner, neben Battenberg.

Reichshallen-Theater
L.-Volkmarisdorf, Elisabethstr. 3-7.
Heute Montag, abends 8 Uhr: Wenn Frauen weinen. (Vorspiel.) Darauf: Papa hat's erlaubt. (Witze mit Gesang.)
Freitag, 18. März, Philippine Welsch, die schöne Angsbürgerin.
Junge Schnittbohnen à kg 28
Leipziger Allerlei à kg 48
4374)* empfiehlt
Walther Vogel, Gohlis
Gohlis, Gohlis Str. 97.

Sie finden
Hüte und Mützen für Knaben und Mädchen in größter Auswahl und billigt im [3850*]

Magazin zum Pfau
Reichstr. 29/31 und L.-Stötteritz, Ecke Leipziger u. Wasserarmstr.
Konfirmationshüte und Wäsche.

Verwenden Sie nur
Lipsia-Senf
überall zu haben.
Anerkannt beste Marke, vorzüglich im Geschmack.
Gespräch zwischen zwei jugendlichen Arbeitern
A: Menschenkind, wie hast Du es angefangen, eine so hübsche kleine Bibliothek anzulegen?
B: Ich habe mir das Zigarettenrauchen abgewöhnt und lasse dafür Wäckerparaffen.

Bandwurm mit Kopf
wird auch in vielen hartnäckigen Fällen schmerzlos in 3-4 Stunden entfernt durch „Molluscina“, unschädlich, wohlschmeckendes Pulver, das bei allen Wurmerkrankungen, auch bei Kindern und Spulwürmern, eine gründliche Darmreinigung bewirkt. Keine Abfälle! Kein Brechreiz! Nur „Molluscina“ gibt mit einem 2.50 A. für Kinder 1.50 A. bei Einl. u. 2.75 A. bez. 1.75 A. franko. Versand: Dresden, Gröbenstr. 14, Kabin 2, vom Montag, 10. März, 10. Uhr. An der Les. Dresden 3.
Erhältlich in allen Apotheken.
Depots in Leipzig: Engel-Apothek und Hof-Apothek.

Madenwürmer
Springwürmer, auch Kieferspinne genannt, werden auch in hartnäckigen Fällen beseitigt durch das speziell wirkende neue Madenwürmmittel „Molluscina“, mit genauer Anweisung, 1.20 A. bei Einl. von 1.40 A. franko. Versand: Dresden, Gröbenstr. 14, Kabin 2, vom Montag, 10. März, 10. Uhr. An der Les. Dresden 3.
Erhältlich in allen Apotheken.
Depots in Leipzig: Engel-Apothek und Hof-Apothek.

Wie neu
werden Damen- u. Herren-Garderobe durch chemische Reinigung bei
Otto Beck
Leipzig, Lange Strasse 18
Reudnitz, Bergstrasse 3
bei Drei Ecken gegenüber
Th., Reitzenhain. Str. 57.
Reparaturen billigst!
Lieferzeit 2-3 Tage.*

Tapeten-Neuheiten
unerschöpfliche Auswahl.
Reste u. ältere Bestände verkaufe enorm billig aus.
Jos. Schäfer, Burgstr. 26

Herzogv. Burgund Cigarette
Preisliste 2-10 Pf.

UNION Gebrüder Liemann

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 14. März.

Geschichtskalender. 14. März 1808: Friedrich Gottlieb Klopstock in Hamburg gestorben (* 1724). 1804: Der Komponist Johann Strauß in Wien geboren (* 1804). 1819: Der Kunst- und Schriftsteller Theodor Gellert in St. Gallen geboren (* 1798). 1888: Karl Marx in London gestorben (* 1818). 1891: Der Politiker Ludwig Windthorst in Berlin gestorben (* 1812). 1890: Der Nationalökonom und Politiker Ludwig Bamberger in Berlin gestorben (* 1820).

Sonnenaufgang: 6,21, Sonnenuntergang: 5,59. Mondaufgang: 7,40 vorm., Monduntergang: 10,18 nachm.

Wetter-Prognose für Dienstag, den 15. März. Nordwestliche Winde, wolfig, kühl, nachts Frost, zeitweilige Regen, im Gebirge Schnee.

Statistik.

Wir haben früher bereits einmal darauf hingewiesen, daß die Geburtenziffer Leipzigs zurückgeht. Dieselbe Erscheinung zeigte sich im abgelaufenen Jahre, das 254 Geburten weniger zu verzeichnen hat, als das vorangegangene Jahr. Die ehelichen Geburten nahmen sogar um 323 ab, dagegen nahmen die unehelichen Geburten um 89. Konform mit dieser Erscheinung geht eine Verminderung der Eheschließungen um 130, und es ist augenfällig, daß die besonders ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnisse der Vorjahre und deren Nachwirkungen sich in dieser Richtung ebenfalls geltend gemacht haben.

Wollte man von der Frequenz der städtischen Bäder auf die Gesamt-Badebewegung schließen, so wäre in Leipzig eine Abnahme zu verzeichnen, was für den Reinheitszustand und die hygienische Einsicht der Bewohner eine nicht gerade schmeichelhafte Tatsache wäre. Allein es ist möglich, daß die Benutzung der Privatbäder desto eifriger erfolgte. Immerhin aber geben die amtlichen Ziffern über die Benutzung der städtischen Bäder zu denken. Während nämlich im Jahre 1908 im Zentralbad 62 952 Schwimmbassinbäder abgegeben wurden, konnten im Jahre 1909 nur 59 434 abgegeben werden, es ist also ein Minus von 3518 zu verzeichnen. Erwachsene haben indes das Bad zahlreicher besucht, dagegen kamen rund 7000 Kinder weniger; die Zahl der badenden Kinder sank von 19 403 im Jahre 1908 auf 12 500 im Jahre 1909 herab; wie diese Erscheinung zu erklären ist, wissen wir nicht; vielleicht ist eine Veränderung des Schulbadens eingetreten. Die Wannengebäder haben ebenfalls abgenommen, und zwar um rund anderthalb Tausend; dagegen zeigen die Dampf- und Kurbäder eine geringe Zunahme. Ferner sind außer Berechnung geblieben die Bäder, die auf Grund ärztlicher Verordnung an Mitglieder der Krankenkassen usw. verabfolgt wurden. Von den vier städtischen Brausebädern weist nur eins eine Zunahme auf, nämlich das an der Osterstraße, um 839. Das Brausebad am Rabensteintplatz hat allein über 8000 Badesäfte weniger aufgenommen. Im ganzen wurden im Jahre 1909 7649 weniger Brausebäder abgegeben als 1908.

Die Durchschnitts-Kohlenpreise im Leipziger Kleinhandel sind im abgelaufenen Jahre im allgemeinen um ein ganz geringes zurückgegangen oder auf der alten Höhe geblieben. Der Rückgang des Preises betrug für den Doppelzentner nur 1-15 Pfg.; gestiegen ist der Preis nur für Waschkohlen zweiter Güte, und zwar um 1 Pfg. für den Doppelzentner. Der geringe Rückgang machte sich aber nur bemerkbar, wenn größere Mengen für einen längeren Zeitraum beschafft wurden. Die Einfuhr von Steinkohlen hat nur sehr unwesentlich, nämlich noch nicht ganz um 400 Tonnen, zugenommen, dagegen stieg die Einfuhr der Braunkohlen um 54 070 Tonnen. Die Einfuhr aus dem Königreich Sachsen ging stark in die Höhe und stieg um 87 000 Tonnen. Die Gesamtkohleneinfuhr betrug im Jahre 1909 1 828 000 Tonnen, gegen 1 773 000 im Jahre 1908.

Die Vieheinfuhr auf dem Schlachthof stieg um ziemlich 4000 Stück, dagegen wurden rund 6200 Schweine weniger eingeführt. Entsprechend der vermehrten Zufuhr nahmen auch die Schlachtungen zu.

Für die geringe Verbesserung der wirtschaftlichen Konjunktur dürften folgende Zahlen sprechen: Bei den Leipziger städtischen Sparkassen wurden im Jahre 1909 rund 7 1/2 Millionen mehr als 1908 eingezahlt; ebenso günstig steht es mit den Rückzahlungen; es brauchten im abgelaufenen Jahre rund 854 000 Mk. weniger zurückgezahlt werden, als im Jahre 1908. Auch die Frequenz des Bethauses läßt auf günstigere Verhältnisse schließen, denn der Zugang von Pfändern hat gegenüber dem Vorjahr, wenn auch nur um ein sehr geringes, abgenommen (nämlich von 2 713 059 Mk. auf 2 592 529 Mk.), dagegen ist die für die Einlösung der Pfänder eingegangene Summe von 2 488 399 Mk. auf 2 528 337 Mk. gestiegen. Es wurde also mehr gespart und weniger verlehrt.

Das Geschäftleben hob sich ebenfalls. So gingen im Jahre 1908 nur 6799 Gewerbeanmeldungen ein, im Jahre 1909 waren es dagegen 7283. Die Gewerbeanmeldungen nahmen dagegen um 68 im letzten Jahre zu. Dieser geringe Abgang wird aber Lebenskraft aufgewogen durch die zahlreichen Neugründungen von Geschäften. Die Konkurrenz nahmen ab. Im Jahre 1908 gab es noch 175 Konkurse, 1909 dagegen nur 127.

Noch einige Ziffern zum Kapitel Wohnungswesen. Die Bautätigkeit scheint nach der Zahl der polizeilich abgenommenen Bauten gegenüber dem Vorjahr im Jahr 1909 zurückgegangen zu sein. Während im Jahr 1908 728 Bauten zu verzeichnen waren, gab es im Jahre 1909 deren nur 689. Die Zahl der Wohnungen wurde um 93 vermehrt. Als Arbeiterwohnungen kommen hiervon höchstens 35 in Betracht. Ein vollständig ungenügendes Ergebnis!

Zum Schluß noch ein paar Angaben über das dunkle Kapitel Obdachlosigkeit. In den Asylen des Asylvereins sprachen 206 Männer und 22 Frauen mehr vor-

Im städtischen Obdach dagegen sprachen 18 000 Personen mehr vor! Im Jahr 1908 waren es nur erst 30 413, dagegen im Jahr 1909 52 520 Personen.

Die Kriminalität der Jugendlichen.

Die Deutsche Juristenzeitung bringt neben einer Zusammenstellung der Zahlenreihen der Kriminalstatistik im allgemeinen auch eine Statistik der Kriminalität der Jugendlichen, die ein trübendes Bild bietet. Allerdings bemerkt das Blatt dabei, daß die Quellen der Statistik nie ganz so übersehen sind und deshalb bei Schlussfolgerungen zu äußerster Vorsicht gemacht werden muß. Immerhin bleibt doch noch genug des Tatsächlichen, was den Beobachter des sozialen Lebens in hervorragendem Maße interessieren kann. Im allgemeinen hat die Kriminalität in Deutschland zugenommen, wenngleich die jährliche Zunahmefähigkeit wesentlich abgenommen hat. Die Zunahme der Kriminalität beruht zudem seit 1895 fast ausschließlich auf dem Erlaß neuer Gesetze.

Besonders Anmerkenswertes hat von jeher, in letzter Zeit in gesteigertem Maße, die Kriminalität der Jugendlichen (12 bis unter 18 Jahren) in Anspruch genommen. Unter Jurisdiktion auf die jährlich vorhandenen Jugendlichen ergibt sich eine bis 1888 günstige, von da bis 1909 außerordentlich ungünstige Zahlenreihe.

Table with 10 columns (years 1882-1907) and 2 rows (values 568-784).

Die Ziffern zeigen zwar ein gelegentliches Sinken, das aber nie erheblich genug ist, die gewaltige Steigerung von 568 im Jahre 1888 auf 745 im Jahre 1909 auszugleichen. Von 1888 bis 1909 ist die Kriminalität der Jugendlichen um 22, die der Erwachsenen nur um 18 auf 100 gestiegen.

Ueber die Wirkung der Fürsorgeerziehung sagt die Deutsche Juristenzeitung:

Zweifelslos ist, wie die Verhältnisse seit 1900 zu bewerten sind. Hier ist ein Faktor zu beachten, den das Reichsjustizamt wie das Statistische Amt unwirksam läßt: die Wirkung der seit 1900 einschenden Fürsorgeerziehungsgesetze. Gewiß ist es noch zu früh, um aus der Kriminalstatistik etwas über die bessere Wirkung der Fürsorgeerziehung zu erfahren; hier muß gewartet werden, bis die Fürsorgeerziehung in diejenigen Jahrgänge eingetreten sind, die das Hauptkontingent der Kriminalen zu stellen pflegen. Wohl aber ist schon von 1900 ab eine Nebenwirkung der Fürsorgeerziehung in Rechnung zu stellen, ihre sich ergebende Wirkung: Eine jährlich steigende Anzahl von Jugendlichen wird der Möglichkeit entzogen, eine Straftat zu begehen. Allein in Preußen werden seit 1901 jährlich etwa 6500 Jugendliche in Fürsorgeerziehung eingewiesen. Die Entlassungen sind vorläufig noch sehr viel geringer als die Einweisungen. Das bedeutet eine von Jahr zu Jahr erhebliche Verminderung der vorhandenen Jugendlichen gerade um solche Elemente, die, falls sie in der Freiheit geblieben wären, gewiß in hoher Zahl mit dem Strafrichter in Konflikt geraten sein würden. Wenn alles abgesehen ist, dürfte also die Biffer der verurteilten Jugendlichen nach 1900 sinken, ohne daß daraus ein Schluß auf die Abnahme ihrer kriminellen Neigung gezogen werden dürfte. Erst wenn nach einigen Jahren die Abgänge aus der Fürsorgeerziehung den Zugängen ungefähr die Wage halten, können solche Betrachtungen wieder einfließen.

Sehr häufig sind die Fälle, in denen Jugendlichen bereits Vorstrafen erlitten haben, waren 1907 doch 17,7 Prozent der verurteilten Jugendlichen vorbestraft, und zwar 162 oder 0,3 Prozent männlich und 62 oder 0,2 Prozent weiblich.

Die Kriminalitätsverhältnisse von Kindern unter 14 Jahren sind besonders traurig. Unter 100 000 dertausend Kinder sind seit 1804 jährlich durchschnittlich 448 an kriminellen Strafen verurteilt worden, ganz überwiegend wegen Diebstahls. Und kaum glaublich: Der 12. bis 13. Teil davon war bereits vorbestraft! Und zwar: Von den im Jahressumme 1902/03 Verurteilten waren 2009 oder 78,4 Proz. einmal, 610 oder 15,4 Proz. zweimal, 100 oder 4,1 Proz. dreimal, 62 oder 1,6 Proz. viermal und 9 oder 0,2 Proz. gar sechs oder mehrmal vorbestraft. Wohl gemerkt: es handelt sich um Kinder von 12 und 13 Jahren! Das eine solche Verurteilung müßte für das künftige Kind unsere heutige Strafgesetzbuch treffend; das jetzt aber auch, wie erbärmlich die sozialen Verhältnisse sind.

Nicht zuletzt besteht auch ein Zusammenhang zwischen Volksbildung und Kriminalität. Selbst die Kreuztabelle mühte für sich: In Wahrheit hängt die größere Kriminalität mit dem geringeren Bildungsgrad der Bevölkerung zusammen. Eine Zusammenstellung der Zahl der rechtskräftig verurteilten Jugendlichen in den einzelnen preussischen Provinzen aber zeigt, daß diese Biffer für die städtischen Provinzen wesentlich höher ist als für die ländlichen, obwohl im Westen die Bevölkerung viel mehr in Großstädten und Industriezentren zusammengeballt ist. Diese Erscheinung läßt unbedingt auf den Zusammenhang zwischen Volksbildung und Kriminalität. Will man die Kriminalität der Jugendlichen bessern, so wird man vor allen Dingen in erhöhtem Maße für die Volksschulen sorgen müssen. In dieser Beziehung ist ja anerkanntermaßen der Westen vor dem Osten voraus. Hier hat wirklich einmal die Schule schuld, nämlich der gegenwärtige Stand des Volksschulwesens, besonders in den agrarischen Bezirken.

Meine Kindersucht

Der Leipziger Verein der Kinderfreunde (Kinderschuh) schreibt der Leipziger Presse: Mit seinen Zeitungen zum Ausdragen im Arm lag ich längst einen kleinen Knaben in meinen Armen. Ich hatte ihn schon vorher in einem Hotel schlafen daliegen. Es war gegen 8 Uhr abends. Er hatte erst und schon vor Ermattung durch zwei Meilen umgesehen! Ich ging auf das Kind zu, und es saß zu wecken und nach Hause zu befördern — dachte ich doch an meine eigenen Kinderchen, die zu Hause um diese Zeit schon friedlich in ihren Betten im Schlummer lagen und nicht wie dies arme Kind hier auf kaltem Boden. Da hatte aber schon der Portier des Hauses das Kind mit harter Hand gepackt und es mir vorbeigebracht. Ich warf es auf den Boden und weinend stand es an der Mauer und nur widerwillig öffnete es den Mund, um auf meine Fragen zu antworten. Endlich im nebenan gelegenen Gärtchen, wo im Hausflur ein Ständchen Obstbäume das mütterliche Wesen des Kindes aufnahm, ergab ich mich zu Hause: Vater sitzt, Mutter geht zu Arbeit, blüht kleine Geschwister noch daheim, ein Schlafbüchse und zwei Schlafmädchen; früh um 8 Uhr beginnt die Arbeitszeit des Kindes und abends 6 Uhr und manchmal auch noch später, endet sie. 15stündige Arbeitszeit für ein jährliches Kind in einer Zeit der Humanitätsbewegung (mit welchem Wort schon so oft unendlicher Mißbrauch getrieben worden ist)! — Von allen Seiten erdrückt der Ruf nach Besserung, die auch Gesetz verlangen nach mehr Ruhe in unserem Berufsleben. Nur die Kinder rufen nicht, sie können ja auch noch nicht „streiken“ und noch nicht „kämpfen“, und doch ruhen auf manchen Kinderschuhen Batten, die ein Erwachsener mit Empörung von sich abschütteln würde. 14 Stunden war mein kleiner Zeitungsdräger heute in Tätigkeit gewesen: früh Wasser ansehen und Kaffee kochen, Stiefel putzen, Treppe waschen, Kohlen tragen, Geschwister anziehen, Schulweg, 4 Stunden Schule, hier die Gedanken zusammennehmend, während der kleine Körper noch matt ist von ungenügender Kosttrunde, wieder

nach Hause gehen, die kleinen Geschwister versorgen, ein bißchen kaltes Essen hinuntergewürgt, von neuem in die Schule, Schularbeiten zu Hause und dann Treppauf, Treppab Zeitungen tragen, bis der kleine Körper den Tribut verlegt. In vielen Kindern wird die Lebenskraft in frühesten Jugend getötet. Wir haben in unserem Kinderschuhverein zahlreiche Beispiele dafür. Das Kinderschuhgesetz ist vorhanden, wird aber noch sehr viel umgangen. Es wäre dringend nötig, daß alle Kinderfreunde offene Augen und Herzen hätten, um dem Gesetz Geltung zu verschaffen. Was den Erwachsenen recht ist, muß doch den Kindern zum mindesten billig sein.

Ein Kommentar erörtert sich zu dieser Schilderung.

Sitzung der Stadtverordneten. Am Mittwoch, den 10. März, abends 8 1/2 Uhr, findet die nächste Sitzung der Stadtverordneten statt. Die Tagesordnung sieht u. a. vor: Abänderung des Regulativs über die Polizeistunde und die weltliche Bedienung in Gast- und Schankwirtschaften, Uebernahme der Verpflichtungen des Fischregulierungsverbands zu L. Gohlis auf die Stadt, Bericht des Finanz-Ausschusses über die Hauptrechnung der Stadt Leipzig für 1908, Bepflanzung von Waldwegen, Nachbepflanzungen usw.

Eingliederung der Volksschulen der eingemeindeten Vororte. Die Einrichtungen der Volksschulen in den Gemeinden Stötteritz, Mödern, Probstheida, Stina, Döfen und Dölitz bleiben auch, nachdem diese Orte nach Leipzig einverleibt sind, solange bestehen, bis sie durch Rat und Stadtverordnete anders geregelt werden. Ausdrücklich war in den Einverleibungsverträgen bestimmt, daß die Schulordnung, die Besoldungsordnung, sowie überhaupt alle die Leipziger Volksschulen betreffenden Ortsgesetze für die eingemeindeten Orte nicht Geltung haben. Nachdem nun schon die Stadtverordneten am 26. Januar die Schulgebühren regeln, soweit die genannten Vororte in Frage kommen, schlägt der Rat nunmehr vor: alle zurzeit in den Vororten bestehenden Sonderbestimmungen außer Kraft zu setzen und vom 1. April ab die Volksschulen dem Mit-Leipziger Volksschulwesen organisch anzugliedern. Diese Vorlage wird ausführlich begründet. Der gesamte Mehrantrag, der durch die Behandlung der übernommenen Lehrkräfte nach den Leipziger Gehaltsbestimmungen erwächst, beträgt 5248,50 Mk.

Der Ballon Leipzig flieg gestern früh nach 10 Uhr vom Sportplatz aus auf und flog, nachdem Ballast ausgegeben war, in rascher Fahrt in der Richtung nach Berlin. Um 9 Uhr 15 Minuten ist der Ballon bei Birnbaum in der Provinz Posen glatt gelandet. Der Ballon hatte gestern etwa eine Fahr- geschwindigkeit von 60 Kilometern in der Stunde.

Der erste Monat des internationalen Postfachverkehrs. Von dem neuen Postfachverkehr der Reichspostgebiete mit dem Ausland liegt jetzt der Ausweis vom ersten Monat des Bestehens der neuen Einrichtung vor. Seit dem 1. Februar besteht ein Ueberweisungsverkehr mit dem Postparlament in Wien, der Postparlament in Budapest und dem schweizerischen Postparlament. Im Februar haben insgesamt 1404 Uebertragungen aus Konten bei den Schekämtern des Reichspostgebiets auf Konten in Wien, Budapest und der Schweiz im Betrage von 479 947 Mk. stattgefunden. Aus Konten in Wien, Budapest und der Schweiz fanden 8540 Uebertragungen auf Konten bei den Schekämtern des Reichspostgebiets im Betrage von 1 608 240 Mk. statt. Der internationale Gesamtumsatz betrug somit 2 008 000 Mk. Der Ueberweisungsbetrag für Ueberweisungen nach Oesterreich und Ungarn 85 500 Pfr. für 100 R., nach der Schweiz 81 Mk. 15 Pf. für 100 Fr. Die Zahl der Kontoinhaber bei den Schekämtern des Reichspostgebiets ist Ende Februar auf 38 670 gestiegen. Sie hat sich im letzten Monat um 988 vermehrt. Berlin zählt jetzt 7428 Konten, Wien 7407, Leipzig 7000, Frankfurt 3783, Hamburg 3223, Breslau 3120, Karlsruhe 2907, Hannover 2562, Danzig 1888. An Umsätzen wurden im Februar nicht ganz 690 Millionen, an Lastschriften etwas über 500 1/2 Millionen Mk. gemacht, so daß das Guthaben der Inhaber um nahezu 4 Millionen zurückgegangen ist. Es betrug Ende Februar etwas über 71 Millionen, im Monatsdurchschnitt 78 1/2 Millionen. Dar eingehalt wurden 228 Millionen, Uebertragungen nicht ganz 288 Millionen. Die Auszahlungen betrugen insgesamt 288 Millionen, die Belastungen 284 1/2 Millionen.

Stück Cesar Sibold. Die Eröffnungsvorstellung in der Albershalle des Leipziger Krystallpalastes findet am Donnerstag den 27. März, nachmittags um 4 Uhr, statt. Das Eröffnungsprogramm soll die ersten Koryphäen der Krimwelt bringen und wird Herr Direktor Sibold daselbst im Laufe des Gastspiels noch mehrfach ergänzen. Direktor Sibold hat sein kostbares Pferdmaterial seit seinem letzten Piereisen bedeutend vergrößert und vermehrt und wird das hiesige Publikum durch verschiedene neue Kreationen überraschen. Der Stück tritt am 25. März mittels zweier Extrazüge hier ein, von Budapest kommend. Die Vorstellungen beginnen täglich um 8 Uhr, an Sonn- und Festtagen zwei Vorstellungen — um 4 und 8 Uhr — während jeden Mittwoch und Sonnabend nachmittags um 4 Uhr eine Ausnahme-Platine stattfindet.

Ein prächtiger Jankerprof. Von der Revolvergeschichte im Café Hohenzollern in der Partiestraße, über die wir berichtet haben, kann das Tageblatt noch weitere Einzelheiten bekannt geben. Ein Augenzeuge stellt den Vorgang wie folgt dar: Dr. Kohl sah mit Falke an einem Tisch vis-à-vis dem Wirt, während ich hinter dem Wirt stand, um den Wirt, da viel zu tun war, etwas beschliffen zu sein. Da kam Freiherr v. Mantuffel von der Toilette zurück und stand erst an einem Redentisch, wo er sich mit einigen Karten spielenden Herren unterhielt. Während dieser Zeit kamen die wandernden Kritiker ins Lokal und fragten den Wirt, ob sie spielen dürften. Der Wirt fragte seine Gäste, ob sie die Beute hören wollten, was bejaht wurde. Während sich dies abspielte, kam Mantuffel an dem Tisch des Dr. Kohl vorbei und rumpelte diesen an. Dr. R. verbat sich dies, da sich v. M. nicht entschuldigte. Darauf herrschte M. ihn gleich an: Wenn Sie etwas von mir wollen, so kommen Sie mit heraus, ich bin Korpustudent! Dr. Kohl antwortete ihm nur: Gehen Sie auf Ihren Platz, ich will nichts mit Ihnen zu tun haben. Jetzt trat der Wirt auf die Gruppe zu und wies die Streitenden zur Ruhe, was auch momentan wirkte. Kaum aber hatte der Wirt den Rücken gekehrt, so ging Mantuffel wieder auf Dr. Kohl los und rief ihm zu: Sie sollen mit herankommen, ich verlange das, wissen Sie denn überhaupt, wer ich bin? Ich bin der Sohn des Präsidenten des preussischen Herrenhauses! In dem Moment kam Zimmermann dazu und fragte M., was denn los sei. Zimmermann ging nun direkt auf Kohl los und bedrängte ihn hart. Dieser wehrte sich erst, so gut es ging, als aber Zimmermann zu Tätlichkeiten übergehen wollte, drohte er ihm mit dem Revolver. Er schlug trotzdem los, und nun schloß auch R., aber, wie der Zeuge angibt, in die Luft. R. war das Vincenz entzwei- geschlagen, so daß er nicht mehr sehen konnte, und da J. nicht von ihm abließ, schob er nochmals, worauf der Betroffene verzweif-



Stwas Simeelsmechaniik.

Die Erde ist einer der kleinsten Planeten unseres Sonnensystems, und doch erhält man, wenn man ihr Gewicht in Tonnen (1 Tonne = 20 Zentner) berechnet, eine 22stellige Zahl. Aus dem Jupiter könnte man nicht weniger als 300 Erdkugeln machen, und aus der Sonne gar ca. 325 000.

So gewaltigen Massen gegenüber erhebt sich immer wieder die Frage, wie es möglich sei, daß so über alle Vorstellung große Himmelskörper frei im Raum schweben. Ruht doch, so sagt man sich, auch das kleinste Steinchen irgendwie gehalten oder unterstützt werden, wenn es nicht zu Boden fallen soll. Die Himmelskunde der alten Griechen trug solchen Bedenken dadurch Rechnung, daß sie sich die Erde als große Scheibe auf dem Weltmeer schwimmend dachte; die Sterne samt dem Mond und der Sonne waren festen Kugelschalen eingelagert, die sich um die Erde als Mittelpunkt drehen. Da war also alles wohl bestellt, und die Vorstellung des freischwebens war umgangen. Die moderne Himmelskunde hat solche Ansichten als unbrauchbar verworfen, hat aber nun die Aufgabe, zu erklären, wie es möglich sei, daß die Himmelskörper ohne allen Halt frei im Raume schweben.

Diese Erklärung ist im Grunde mit ein paar Worten gegeben: Die Himmelskörper fallen wirklich, sie fallen nach denselben Gesetzen, nach denen ein Stein fällt, und führen im Weltensysteme Bewegungen aus, die direkt als Fallbewegungen bezeichnet werden können.

Um das zu verstehen, ist es nötig, sich einmal klar zu machen, wie denn eigentlich der Fall eines Körpers zustande kommt, und welche Kräfte dabei in Wirksamkeit treten.

Jedermann weiß, daß ein Stein, den man losläßt, in senkrechter Richtung zu Boden fällt. Die Bewegung dieses Fallens zeigt eine ganz bestimmte Gesetzmäßigkeit: der Stein durchfällt in der ersten Sekunde 4,9 Meter, in der zweiten dreimal 4,9 Meter, in der dritten Sekunde fünfmal diese Strecke usw. Diese Gesetzmäßigkeit ermöglicht es zunächst, den Weg, den ein fallender Stein in einer bestimmten Zeit durchfällt, genau zu berechnen; ebenso läßt sich berechnen, welche Geschwindigkeit der Stein in jedem beliebigen Zeitpunkt hat. So würde, wie eine leichte Rechnung ergibt, ein fallender Stein 5 1/2 Sekunden brauchen, um eine Strecke von 300 Meter (Eiffelturm) zu durchfallen, und in dem Momente, in dem er auf den Boden aufschlägt, hätte er eine Geschwindigkeit von 53,0 Metern, d. i. knapp die dreifache Schnelligkeitsgeschwindigkeit.

Diese strenge Gesetzmäßigkeit des Fallens läßt aber auch einen wichtigen Schluß zu. Die Tatsache nämlich, daß der fallende Stein in jeder folgenden Sekunde einen um 9,8 Meter längeren Weg zurücklegt als in der vorhergehenden Sekunde, daß also die Geschwindigkeit des Steins ganz regelmäßig zunimmt, kann nur dadurch ihre Erklärung finden, daß von der Erde her eine anziehende Kraft mit stets sich gleichbleibender Stärke wirkt.

Diese Kraft wird entweder die Anziehungskraft der Erde genannt oder kurz als Schwerkraft (Gravitation) bezeichnet. Die Schwere der Dinge nämlich oder ihr Gewicht ist nur eine Folge dieser Kraft, und wenn wir einen Körper wägen, so messen wir eben die Kraft, mit der er von der Erde angezogen wird. Könnten wir uns mit einem Stein an einen Ort des Welttraums begeben, wo die Anziehungskraft weder der Erde noch sonst eines andern Himmelskörpers wirkte, so hätte dort der Stein überhaupt kein Gewicht. Er würde demgemäß an dieser Stelle auch nicht fallen, sondern bewegungslos im Raume schweben.

In der Schwerkraft haben wir nun diejenige Kraft, die nicht bloß den Fall eines Körpers auf der Erde bewirkt, sondern die auch die Bewegungen der Himmelskörper im Welttraum beherrscht. Der berühmte englische Naturforscher Newton (1642 bis 1727) war der erste, der diese Bedeutung der Schwerkraft erkannte. Nach ihm wirkt diese Kraft zwischen allen Massen, ob sie nun groß oder klein seien, zwischen den Massen verschiedener Himmelskörper ebensogut wie etwa zwischen zwei Bleigewichten. In diesem letzteren Falle ist die anziehende Kraft freilich so klein, daß wir sie nur durch sehr feine Versuche wahrnehmen können. Erst 100 Jahre nach Newton gelang ein solcher Versuch. Der Naturforscher Cavendish (1731—1810) hing einen leichten Holzstab in der Mitte an einem feinen Draht so auf, daß er in horizontaler Lage schwebte. In den beiden Enden des Stabes befanden sich zwei kleine Metallkugeln. Wenn nun der Stab völlig ruhig hing, näherte Cavendish einer der beiden Kugeln einen Bleiflug. Die von diesem ausgehende Anziehungskraft drehte dann den Stab aus seiner ursprünglichen Richtung heraus, sehr wenig zwar, aber doch so viel, daß die hierbei wirkende Kraft genau gemessen werden konnte. Durch solche und ähnliche Versuche fanden auch die besonderen Annahmen, die Newton über die Wirkung der Schwerkraft, das heißt also über die Massenanziehung, gemacht hatte, ihre experimentelle Bestätigung. Newton hatte nämlich von dieser Kraft behauptet, daß sie um so stärker sei, je größer die sich anziehenden Massen seien, und um so kleiner, je weiter die Massen voneinander entfernt seien. Ein Beispiel: Zwei eiserne Kugeln von je einem Kilogramm Gewicht in einer Entfernung von einem Meter ziehen sich mit einer gewissen Kraft an (diese Kraft ist so klein, daß sie die Kugeln keineswegs in Bewegung zu setzen vermag; mit Magnetismus hat sie nicht das mindeste zu tun). Wäre nun eine der beiden Kugeln zwei statt ein Kilogramm, so würde die zwischen den beiden Kugeln wirkende Kraft verdoppelt, wä die eine Kugel etwa 4 = 2mal so groß als im ersten Falle. Dagegen würde diese Kraft sofort auf den vierten Teil herabsinken, wenn man die Kugeln statt ein Meter zwei Meter voneinander entfernte, und bei einer gegenseitigen Entfernung von 3, 4, 5 Metern würde die Kraft nur noch ein Neuntel, ein Sechstel, ein Fünftel und vierzigstel der ursprünglichen betragen.

Dies alles hatte Newton ganz richtig angenommen, und daß er recht damit hatte, bewies er ja schon dadurch, daß es ihm auf Grund dieser Annahme gelang, die Bahnen der Planeten zu berechnen.

Genaue Versuche nach Art des von Cavendish ausgeführten bestätigten, wie gesagt, diese Annahme in vollem Umfange.

Aber die Bewegung der Planeten und der Gestirne überhaupt soll ja als eine Art Fallbewegung aufgefaßt werden können. Man lernt am besten verstehen, wenn man sich die Bewegungen ansieht, die ein geworfener Stein ausführt.

Werfen wir einen Stein schräg aufwärts, so steigt dieser bekanntlich ein Stück in die Luft empor, senkt sich aber dann ebenso allmählich wieder zur Erde. Seine Bahn ist ein schöner, gleichmäßiger Bogen von der Gestalt einer Parabel. Der Wasserstrahl, der einer Feuer- oder Gartenströhre entströmt, hat genau dieselbe Form, und je nachdem man das Ausflußrohr der Spritze mehr oder weniger schräg hält, kann man Parabeln von der verschiedensten Gestalt erhalten. Sie haben aber für den Mathematiker alle eine bestimmte, gemeinsame Eigenschaft, durch die

sie sich von andern ähnlichen Figuren unterscheiden. Auf den ersten Blick könnte man nämlich auch meinen, der Wasserstrahl oder die Bahn des geworfenen Körpers sei ein Stück von einem Kreise oder ein Teil einer Ellipse oder gar einer Hyperbel. Kreis, Ellipse, Parabel und Hyperbel sind sogenannte Kegelschnitte, die man erhält, wenn man einen Keil in bestimmter Richtung durchschneidet, und es war wieder das wissenschaftliche Verdienst des großen Newton, der auch ein vorzüglicher Rechner war, nachzuweisen, daß jeder Körper, der sich unter dem Einflusse der Schwerkraft bewege, die Bahn eines Kegelschnitts beschreiben müsse, die Bahn eines Kreises, einer Ellipse, einer Hyperbel oder einer Parabel; welche von den vier, das hänge von den besonderen Umständen ab.

Nun beschreibt, wie schon gesagt wurde, der geworfene Stein, eine Parabel, seine Bahn ist also ein Kegelschnitt. Da diese Bahn unter der Einwirkung der Schwerkraft zustande kommt, finden wir hier also die Newtonsche Behauptung bestätigt. Der Stein würde nämlich, wenn er lediglich dem Forttrieb folgte, der ihm von der schleudernden Hand erteilt wird, und wenn nicht die Krümmung in der umgebenden Luft seine Geschwindigkeit allmählich minderte, immer in der Wurfbichtung weiterfliegen. Aber er hat eben nicht nur die ihm erteilte Geschwindigkeit, sondern es wirkt auf ihn gleichzeitig als ein Zug nach unten in jedem Momente die Anziehungskraft der Erde, und sie macht sich in der Weise geltend, daß sie den Stein allmählich tiefer und tiefer zieht, bis er aufschlägt.

Es muß wohl beachtet werden, daß ein Doppeltes die Bahn des geworfenen Steins bestimmt: die ihm erteilte Geschwindigkeit und die unveränderlich wirkende Schwerkraft. Ohne die erstere würde der Stein senkrecht zur Erde fallen; die Schwerkraft kann diesen Erfolg nur deswegen nicht haben, weil dem Stein eine bestimmte seitlich gerichtete Bewegungsenergie innewohnt, wie sie ihm von der werfenden Hand mitgeteilt worden ist.

Diese beiden Momente, eine seitlich gerichtete Geschwindigkeit und eine nach einer andern Richtung hin wirkende Anziehungskraft, sind es nun auch, die die Bewegungen der Gestirne bestimmen. Freilich scheint zwischen der Wurfbahn eines Steins und etwa der Bahn, die unsere Erde im Laufe eines Jahres um die Sonne beschreibt, noch ein großer Unterschied zu sein: Der Stein fällt nach kurzer Zeit auf die Erde, die ihn anzieht, während die Erde keineswegs auf die Sonne, von der sie angezogen wird, aufschlägt, sondern diese immer von neuem umkreist.

Dieser Unterschied ist aber ohne wesentliche Bedeutung. Der Stein fällt nämlich nur deswegen auf die Erde zurück, weil wir nicht imstande sind, ihm eine genügend große seitliche Geschwindigkeit zu geben, und weil wir auch die Krümmung, die der geworfene Stein an der Luft erfährt, nicht aufhalten können. Wäre es möglich, in luftfreie Höhen emporzuschleudern und von dort aus einen Stein in horizontaler Richtung mit genügender Schnelligkeit fortzuschleudern, so würde dieser unsere Erde wie ein Mond umkreisen und mit der Erdoberfläche nicht wieder in Berührung kommen. Dann wäre die Wurfbahn des Steins eine geschlossene Kurve, so wie die Bahn der Erde um die Sonne eine geschlossene Kurve, nämlich eine Ellipse ist.

Man kann sich auch noch auf andre Weise klar machen, daß zwischen der Bahn eines geworfenen Körpers und der Bahn, die ein Himmelskörper von einem andern ausführt, kein wesentlicher Unterschied besteht. Die Anziehungskraft unserer Erde wirkt so, als ob sie ihren Sitz im Erdmittelpunkte hätte, als ob von dort die anziehende Kraft ausginge. Denkt man sich nun einmal die Erde aus einer Masse bestehend, die einem fallenden Steine auch nicht den geringsten Widerstand böte, sondern dieser ebenso ohne jede Reibung durch sich hindurchflöhe, wie der leere Welttraum. Ein Stein, den man da einfach fallen ließe, würde geradewegs bis zum Erdmittelpunkte fallen. Würde man ihn aber seitwärts, so würde er einen gewöhnlichen Wurfbogen nach der Seite beschreiben, dann an die Erdoberfläche gelangen, die Masse durchdringen und seine Wurfbahn fortsetzen. Aber nicht in gerader Richtung auf den Erdmittelpunkt zu, wie der einfach fallende Stein, würde er sich bewegen, sondern er flöge seitlich an ihm vorbei, um ihn herum, auf der andern Seite wieder zurück bis zum Ausgangspunkte, um dann dieselbe Bahn einer sehr langgestreckten Ellipse wieder von neuem zu beginnen. Auch hier würde also die Wurfbahn die Gestalt einer Ellipse annehmen, und von einem Auffallen könnte dann keine Rede mehr sein. Das Auffallen des sich bewegenden Körpers auf eine Grundfläche, wie es beim Fall und Wurf irdischer Gegenstände stattfindet, ist eben durchaus kein wesentliches Merkmal der Fallbewegung überhaupt.

Die Uebereinstimmung zwischen der Bewegung eines geworfenen Körpers und der Bewegung der Himmelskörper läßt sich in allen wesentlichen Punkten zeigen. Wenn wir z. B. einen Stein sehr hell nach oben werfen, so wird seine Geschwindigkeit immer geringer, bis der Stein einen höchsten Punkt erreicht. Von hier aus bewegt er sich in seitlichem Bogen abwärts; aber während beim Steigen seine Geschwindigkeit immer geringer würde, so wird sie jetzt immer größer, und wenn die Erde, wie wir oben annahmen, vollkommen durchlässig wäre für den Stein, so würde er mit immer größerer Geschwindigkeit nach dem Mittelpunkt der Erde zu fallen, mit rasender Schnelligkeit um diesen herumfliegen und dann mit stetig abnehmender Geschwindigkeit wieder zum Ausgangspunkte zurückkehren.

Die Gründe dieser Erscheinung lassen sich als notwendige Folgen der ganzen Art, wie die Schwerkraft wirkt, erkennen. (Zum Teil liegen sie in der oben schon erwähnten Tatsache, daß die anziehende Kraft zwischen zwei Massen bei gegenseitiger Annäherung stark wächst; doch spielt diese Tatsache bei der Geschwindigkeitsveränderung fallender irdischer Körper keine wesentliche Rolle.) Jedenfalls sind aber Geschwindigkeitsänderungen auch an der Bewegung der Himmelskörper festzustellen, und es war eine folgenschwere Entdeckung des Astronomen Kepler (1571—1630), als er solche zum erstenmal nachweisen konnte. Er widersprach der Behauptung des Copernicus, daß die Planeten Kreise um die Erde beschreiben, und stellte den Satz auf: Die Bahnen der Planeten sind Ellipsen, in deren einem Brennpunkte die Sonne steht. Der die Ellipsen kennt, weiß, daß die zwei Brennpunkte einer solchen zu beiden Seiten des Mittelpunktes stehen, und wenn nun die Sonne beispielsweise in dem einen Brennpunkte der Erdbahn-Ellipse steht, so liegt es auf der Hand, daß sich der Erde im Laufe eines jährlichen Umlanges um die Sonne dieser einmal etwas mehr nähern und sich einmal etwas mehr von ihr entfernen muß. Der Unterschied ist, für die großen Maße, die hier in Frage kommen, nicht groß, weil die Erdbahn eine Ellipse ist, die einem Kreise sehr ähnlich ist, er ist aber doch immerhin deutlich merkbar. Am 1. Januar befindet sich unsere Erde der Sonne um ca. 10 000 Kilometer näher als am 1. Juli, und den halben Bogen, den sie im Winter um die Sonne beschreift, legt sie mit etwas größerer Geschwindigkeit zurück als den Sommerbogen, so daß also, astronomisch genau genommen, der Winter etwas kürzer ist als der Sommer.

Noch weniger exzentrisch als die Erdbahn ist die der Venus, viel stärker exzentrisch aber ist die Bahn des Jupiter und des Mars; doch erreichen auch diese bei weitem nicht die Exzentrizität der Kometen. Es war wieder zuerst der geniale Newton, der bewies, daß man die ganze Bahn eines Gestirns berechnen könne, wenn man nur drei Punkte dieser Bahn genau kenne, und nach Newtons Vorschriften berechnete der Astronom Halley, derselbe, nach dem der in diesem Frühjahr erscheinende Planet genannt ist, die Bahnen mehrerer Kometen. Er fand, daß dieselben teils Parabeln, teils Hyperbeln, teils Ellipsen seien. Die spätere Forschung hat das bestätigt. Mit Hilfe der vorzüglichsten Instrumente, deren sich die astronomische Forschung jetzt bedient, werden die verschiedenen Stellungen der Kometen sehr genau festgestellt, so daß über ihre Bahnen im allgemeinen kein Zweifel mehr besteht. Auch aus der Geschwindigkeit, mit der die Kometen sich bewegen, wenn sie der Sonne am nächsten stehen, läßt sich ihre Bahn berechnen, und da ergibt sich auch, daß solche Kometen mit einer viel zu großen Geschwindigkeit um die Sonne herumfliegen, als daß sie könnten in unserm Sonnensystem verbleiben. Sie hatten gleichsam der Sonne nur einen einmaligen Besuch ab, wandern aber dann wieder aus unserm Sonnensystem hinaus in den unendlichen Welttraum hinein, wo sie gelegentlich wieder in ein anderes Fixsternsystem geraten und dort vorübergehend bleiben.

Eine Anzahl der Kometen aber beschreift elliptische Bahnen, und die bleiben in unserm Sonnensystem und kehren in gewissen Zeitabständen immer wieder zur Sonne zurück. Bei dem Halleyschen Kometen dauert, wie eben schon Halley berechnet konnte, die Zeit eines Umlaufs um die Sonne 76 Jahre. Seine Bahn ist sehr langgestreckt. Die Ellipse reicht auf der einen Seite bis über die Neptunbahn hinaus, bis in eine Entfernung von ca. 700 Millionen Meilen von der Sonne (die Erde ist 20 Millionen Meilen von der Sonne entfernt), in seiner Sonnennähe hat er aber nur noch einen Abstand von 12 Millionen Meilen von der Sonne. Bei so gewaltigen Entfernungsdifferenzen sind auch die Geschwindigkeitsunterschiede während des Umlaufs sehr verschieden. In seiner größten Entfernung von der Sonne wandert der Komet fast gemächlich durch den Welttraum. Mit zunehmender Annäherung an die Sonne wird auch die Geschwindigkeit immer größer, und in der Sonnennähe selbst steigt sie sich bei vielen Kometen ins Ungeheure. So legte der Komet von 1880, von dem man annimmt, daß er aller 800 Jahre wieder zur Sonne zurückkehrt, bei seinem Gang durch die Sonnennähe in einer Sekunde 540 Kilometer zurück, bewegte sich also mit der tausendfachen Geschwindigkeit eines Flintentugels und mit der 100fachen Geschwindigkeit des Schalls.

Nach alledem kann die Antwort auf die Frage, wie es möglich sei, daß die Gestirne frei im Raume schweben, ohne zu fallen, nur die sein, daß an ihrem freischweben ebensoviele etwas Unbegreifliches sei wie an der Tatsache, daß ein geschleudertes Stein, wenn auch nur vorübergehend, frei in der Luft schwebt, und daß die Bewegungen, die die Gestirne ausführen, ihrer ganzen Natur nach eben Fallbewegungen seien, verlaufend nach denselben Gesetzen, nach denen eine abgeschlossene Flintentugel ihren Weg durch die Luft nimmt. h.w.

Kunstchronik.

Leonardo Bernadinos.

ek. Im allgemeinen besteht das Goethewort zu Recht: Wilde Künstler, rede nicht! Denn es wirkt fast immer anders, als es wirken soll, wenn der Künstler bemüht ist, in Vor- oder Nachreden einen Kommentar seines Wertes zu geben, dies zu erklären, jenes anzudeuten und derart dem Beschauer den für ihn einzig produktiven Zustand der Unbefangenheit zu rauben. Diese Unbefangenheit gebietet hundert verschiedene Auffassungen und Ururteile — was tut's? Je reicher ein Kunstwerk, je größer es ist, desto mannigfaltigere Vorstellungen und Gefühle wird es erwecken, und es ist sehr schwer zu entscheiden, welches immer die richtigen sind. Auch der Künstler kann am Ende nur sagen, was ihm bewusst ist als Absicht vorgeschwebt hat, über das Unbewusste schweigt er, weil er hier schweigen muß. Dieses Unbewusste aber wird dem Werke zumest erst den rechten Wert geben.

Anders liegen die Dinge, wenn der Künstler nicht als Anwalt in eigener Sache, sondern als Vertreter seiner Kunst auftritt und seine Erfahrungen und Beobachtungen mitteilt. Wir schätzen und dann glücklich, ihm zuzuhören zu können. Denn über die Elemente des Schaffens und über den Schaffensprozess selbst kann der Latein niemand besser unterrichten als eben der Schaffende. Es gibt viele unter ihnen, die auch hier das Schweigen vorziehen, aber einige der Größten haben doch gesprochen, Goethe voran, und Dürer auch, in seiner treuerzigen Art mit großer Würde, denn das Wort und gar die „Schrift“ pflegt den bildenden Künstler seit alters her nicht eben geküßelt zu sein. Sowohl Dürer wie Wölfflin sind stark auf das Gesetzmäßige in der Kunst eingegangen, und Leonardo da Vinci nicht weniger. Sein Traktat von „Liber de pictura“ zählt zu den bedeutendsten und umfangreichsten aller Künstlerchriften, es war als ein systematisches Lehrbuch gedacht.

Dieses ehrwürdige Dokument nicht nur der Kunst, sondern auch der Kulturgeschichte einem weiteren Kreise in schöner Form neu erschlossen zu haben, ist ein Verdienst. Leonardo, der Maler und Bildhauer, der Mathematiker, Forscher, Denker und Poet, steht heute genau so überragend und geheimnisvoll auf der Schwelle zweier Zeitalter, auf der Grenze zwischen Künsten und Wissenschaften, wie er vergangenen Generationen erschienen ist. Seine Persönlichkeit ist viel bedeutender noch als seine höchst bedeutende Kunst, und deshalb vermag ihm ein Wechsel in der Bewertung seiner zeitgenössischen Kunst, wie er heute gegenüber der Wäute der italienischen Renaissance festzustellen ist, nicht das geringste anzuhaben. Leonardo lebt, wie wenige seiner Meisterwerke auch unangefochten leben mögen. Sein fabelhafter Meistergeist lebt auch in diesem literarischen Denkmal, das man ihm nach seinem Tode aus Bruchstücken mühsam errichtet hat. Seitdem scholastisch beginnt er einen ästhetischen Feldzug zur Ehrenrettung seiner über alles geliebten Malerei. Er will ihr offenbar zu einem Ansehen verhelfen, das sie noch nicht besaß. Deshalb erhebt er sie über alle Wissenschaften und Künste. Er sagt vom Kuge: „Es ist das Fenster des menschlichen Lebens, durch welches hin die Seele nach der Schönheit der Welt ausschaut und sie genießt; um feinetwillen läßt sie sich des Kerlers, des Menschenleibes, genügen, und ohne es ist dieser Kerler ihre Pein. Um feinetwillen entbede menschlicher Erfindungsgelst das Feuer, verneuge dessen das Auge wieder erlangt, was ihm die Dunkelheit entzog.“ Ueberaus schätsch führt bei Leonardo der Poet, der entweder lere Wortkänge mühsam erräteln oder verschiedene Wissenschaften gestohlene Dinge aufammenraffen muß, aus denken er ein lystematisches Kompositum zusammenstellt.“ Die

* Nach der Uebersetzung von Heinrich Ludwig neu herausgegeben von Marie Herasfeld. Jena, Eugen Diederichs, 438 Seiten, Preis gebunden 12 Mark.

